

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. November 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepalte Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 137

### Bekanntmachung

Die Gehilfenvertreter sämtlicher Tarifkreise haben beim Tarifamt den Antrag auf Einberufung des Tarifausschusses eingereicht. Das Tarifamt beruft deshalb den Tarifausschuß für

den 8. Dezember und folgende Tage

zur Verhandlung ein über nachstehende

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlußfassung über anderweitige Formulierung der Paragraphen 6, 6a, 6b und 6c des Tarifs.
2. Beratung und Beschlußfassung über
  - a) Bewilligung einer Wirtschaftshilfe.
  - b) Erhöhung der Steuererzeugzulagen.

Die Verhandlungen finden statt im

„Künstlerhaushaus“, Berlin, Bellevuestraße 3

und beginnen am 8. Dezember, vormittags 10 Uhr.

Berlin, 10. November 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Ernst Boll, Stellvert. Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Das Arbeitspensum in Berlin

Die vorstehende Bekanntmachung des Tarifamts verkündet, was in der vierten Tarifausschubssitzung dieses Jahres zur Beratung steht. Zunächst befaßt sie, daß es sich nicht um eine Tarifrevision handelt. Das müßten wir nochmals hervorheben, weil immer wieder in Kollegenkreisen die Begriffe darüber durcheinandergehen. Die Tarifrevision wird im nächsten Jahre stattfinden, denn länger kann nicht mehr gewartet werden, ob und wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich klären. Leider deuten die Anzeichen auf wenig Besserung hin. In Nr. 135 ist die Bekanntgabe dessen, was auf der zweiten Gauvorsitzerkonferenz in diesem Jahre verhandelt werden soll, vorausgegangen. Bedauerlicherweise konnte die Veröffentlichung beider Tagesordnungen nicht gleichzeitig erfolgen. Auch bei der Gauvorsitzerkonferenz ist zu beachten, daß sie die Erledigung von Generalversammlungsangelegenheiten nicht bringen kann. Sie hat sich vornehmlich mit den Beratungspunkten des Tarifausschusses zu beschäftigen, wird die wirtschaftliche Lage in den Kreisen ihrer Betrachtungen zieleben und wird sich weiter mit unauflösbaren organisatorischen Aufgaben befassen. Alles Weitere obliegt der Generalversammlung im Mai 1920 in Leipzig.

Das Arbeitspensum für die Dezemberberatungen in Berlin ist groß und von schwerwiegender Bedeutung. Daß als Einberufungstermin für die Gauvorsitzerkonferenz schon der 4. Dezember genommen ist, macht ersichtlich, wie die zu erledigende Arbeit nach ihrem zeitlichen Umfange taxiert wird. Woraus sich das andre von selbst ergibt, denn die Sitzungen pflegen sich bei uns recht auszudehnen und keine Rücksicht auf den Normalarbeitslag zu nehmen. Wie lange die am 8. Dezember beginnenden Verhandlungen des Tarifausschusses dauern werden, steht ganz dahin. Es steht vor allen Dingen zu hoffen, daß nicht eine neue Verkehrsperre, von der bereits gesprochen wird, den Teilnehmern einen bösen Streich durch die Rechnung macht, und damit der Gehilfenschaft im besondern.

Die gehilfenseitige Vertretung zur Tarifausschubssitzung findet unter Heranziehung aller nur irgendwie in Betracht kommenden Funktionäre statt. Je besser namentlich die Gehilfenkreisvertreter mit Material über die weiter eingetretene starke Verteuerung der gesamten Lebensführung sowie mit Vorschlägen über andere Arbeitergruppen aus ihren Kreisen versehen werden, um so nachhaltiger können sie für die zu stellenden Forderungen eintreten. Es wird dann auch möglich zu machen sein, in diesem oder jenem eine Wiedergutmachung eintreten zu lassen. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei tariflichen Abschlüssen

haben wir in dem Leitartikel von Nr. 108 als eines der künftigen Erfordernisse bezeichnet; der Vorstand wird nun von der Gauvorsitzerkonferenz die Zustimmung zu einem bestimmten Vorschlag einholen. Wie aus der graphischen Revue in der vorigen Nummer zu ersehen war, haben die Vorstände der graphischen Gewerkschaften bereits Abmachungen getroffen, um den Zusammenschluß der Arbeiter im graphischen Gewerbe herbeizuführen. Es ist zunächst der Graphische Bund dafür geschaffen, aus dem in späterer Folge der Graphische Industrieverband entstehen soll, allerdings nicht nach dem die Gewerkschaften negierenden Rezept des „Graphischen Blochs“. Die Graphischen Kartelle sind als örtlicher Unterbau auszerleben. Die veröffentlichten Satzungen, über die wir uns demnächst etwas mehr äußern werden, sind nicht als Entwürfe zu betrachten, sondern treten sofort in Geltung, um logisch methodisch die gemeinsamen Aufgaben pflegen zu können. Aus der Praxis wird sich dann das Weitere ergeben. Die Generalversammlung in Leipzig sowie organisatorische Aufgaben und Angelegenheiten mannigfacher Art werden dann noch reichhaltigen Beratungsstoff abgeben.

Die Tagesordnung zur Tarifausschubssitzung kann nun endlich veröffentlicht werden. Es ist im allgemeinen sehr schnell gearbeitet worden, daß die Bekanntgabe des Arbeitspensums dennoch nicht früher erfolgen konnte, darüber wird wohl nach der Tagung einiges zu sagen sein. Die anderweitige Formulierung der Bestimmungen zu § 6 sowie den dazu gehörigen Unterparagrafen macht sich aus der praktischen Erfahrung notwendig. Die Augustbeschlüsse haben darüber manche Unklarheit hinterlassen, und dieses oder jenes erscheint in der letzten Fassung widerspruchsvoll. Die Bewilligung einer allgemeinen Wirtschaftshilfe ist etwas Neues bei uns, wenn es auch Seitenstücke in einigen andern Gewerben schon gibt. Diese von Gehilfenkreisen kommende Forderung verfolgt wohl zweierlei: eine Nachholung für die jetzt in so außerordentlichem Maße veränderten Steuerungsverhältnisse (ähnlich wie bei den Staats- und den städtischen Beamten) und Unterbindung örtlichen Vorgehens, das bisweilen auch bei uns einen Ausbruch annimmt, der sich die Betroffenen als Gewerkschaftler wahrlich nicht rühmen können. In Nr. 128 haben wir uns näher über die wirtschaftlichen Beiklären geäußert. Aber das brennende Erfordernis einer beträchtlichen Erhöhung der Steuererzeugzulagen ohne Differenzierungen nach bisherigem Modus brauchen wir in diesem Zusammenhang nichts zu sagen. Dieser Kardinalpunkt kann diesmal zur Entscheidungsfrage werden, bei der Wortradikalismus keinen Wert haben darf.

### Streiflichter auf die Haupttagungen der Prinzipalität

IV.

Die Jubiläumsversammlung des Deutschen Buchdruckervereins am 16. und 17. Oktober hatte den Blauen Saal des „Krisallpalastes“ zum Tagungsort. Ich neben den leitenden Personen 75 Delegierte zusammengelassen und fand in Verbindung mit den Hauptversammlungen der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft und der Feuerversicherungs-genossenschaft Deutscher Buchdrucker statt, von denen die erstere aber ein selbständiges Gebilde ist auf geblühter Grundlage. Diese Tagungen bieten keinen Anlaß zur Besprechung.

Es sei vorweg eine kleine geschichtliche Abschweifung gestattet. Wenn die berühmte Leipziger Stille erzhöhen könnte, was sich an Buchdruckergeschichten alles dort schon abgepielt hat! Die Gründung unfres Verbandes in diesem einstmalsigen Schützenhaussaal steht gewiß darunter an erster Stelle. Doch bereits in den Revolutionsjahren von 1848 wurde dort ein großer Wurf getan: die Leipziger Kollegenschaft kam zum ersten Male zusammen, um einen andern Weg einzuschlagen zur Verbesserung ihrer Lage. Seit 1838 war nämlich die kleine Gehilfendeputation (der in der Zeit vor der Verbandsgründung auch Richard Härtel als Schriftführer angehört hat) bei der großen Buchdruckerinnung mit ihrer geringen Einwirkungskraft unabhängig für die Interessen der Gehilfen tätig gewesen; es brachte das einem Depulierten sogar Gefängnisstrafe ein. Im Jahre 1840 hatte die Prinzipalität trotz der pompösen gemeinsamen Vierundzwanzigjahrfeier der Buchdruckerkunst die stärkste Abwehler für sich zu befinden. Sechs Jahre später (Mai 1846) wurden durch den fortschrittlichen Abgeordneten Joseph, der von dem treuesten Buchdruckerfreunde Robert Blum inspiriert war, die letzten wirtschaftlichen Verhältnisse der Leipziger Buchdruckergehilfen gar im sächsischen Landtage zur Sprache gebracht. Diese erste wirkliche Leipziger Buchdruckerversammlung am 27. März 1848 bleibt denkwürdig durch die Initiative zu einem regelrechten Tarif, der als „rechtlches Begehren“ in einem vom 3. April datierten grobartigen Aufruf an die Prinzipalität mit enthalten war, ausgehend von sämtlichen Sehern und Druckern Leipzigs. Geburtshelfer bei diesem schnellschaffartigen Vorgehen war ein Dr. Langenscharf, der zufällig mit einigen Freunden in diese Buchdruckerversammlung geraten war. Unter den tariflichen Bestimmungen interessierte die Forderung: „Öffentlichkeit der Verhandlungen mit der Prinzipalität bei gleichmäßiger Vertretung“, also mitbestimmende Gleichberechtigung. Der jede politische Nebenabsicht kritisch verneinende Aufruf zeugt von bereits auf entwickelten Selbstbewußtsein. Die Prinzipale sollten in den Gehilfen „nicht etwa weiblich-stehende Bittsteller, sondern Männer, die da fordern, was ihnen gebührt, zu leben wünschen“. Sie verstanden auch zu fordern, nämlich etwa 40 Proz. Aufschlag für die Seher, weil zu lange schon die Bezahlung hinter den Zeitverhältnissen zurückgeblieben war.

Nach diesem geschichtlichen Exkurs noch ein paar gegenwärtige Exkursionen in benachbarte Gebiete. Die Buchbinder sind daran, sich eine Tarifgemeinschaft über das ganze Reich zu zimmern. Nach der Verkehrsperre sollten die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden. Eine Unannehmlichkeit von Schwierigkeiten bereitet die Neuordnung und Vereinheitlichung der in solchem Zielstreben wohl nicht wieder anzutreffenden Unkordfänge. Die für die Schaffung eines Reichstarifs unserer Hilfsarbeiter immer wieder verhöhenen Verhandlungen haben durch die einschneidende Verkehrsperre nun nochmals Sinauschiebung erfahren und sollen nunmehr stattfinden. Im Steinbrudergewerbe sind für die beiden kleinen Spezialgewerbe der Chemigraphen und Kupferdrucker sowie der Lithographen die besonderen, nach dem Vorbild der untrigen schon lange Zeit errichteten Tarifgemeinschaften trotz des in diesem Jahre gut zur Durchführung gelangenen Reichstarifs der Steinbrucker und Lithographen bestehen geblieben und wirken im allgemeinen günstig. Das neue Tarifgebäude

Im graphischen Gewerbe wird mit diesem Fleiß und regem Interesse von beiden Seiten in stetem Tempo der Vervollkommnung entgegengeführt. Man ist sehr spät zwar im Unternehmertum zu der Einsicht gekommen, daß die sorgfältige Wartbereitschaft gegen die Gehilfen ein zweckvoller Energieverbrauch ist, während auf Arbeiterseite sich die Erkenntnis mehr und mehr durchdrang, und dafür fleißig auf das von beiden Seiten im Buchdruckgewerbe gegebene bessere Beispiel hingewirkt wurde, daß mit der allein von beiderseitigem Verständnis und gutem Willen abhängenden fallweisen ertüchtigen Regelung doch nur eine nachteilige Ungleichheit mit der Zeit geschaffen worden sei. Es war also von beiden Seiten eine Summierung von meistens teuer erkaufte Erkenntnis, daß diese unter den Zuckungen der Revolutionsperiode gezeugte Tarifgemeinschaft schnell zur Talsache werden ließ. Der Schlüsselstein mit der Prämiendarbeit ist nicht so in die Erscheinung getreten, wie vorauszuwählen mehr „spezifisch Leipziger“ geblieben. Mitte Oktober d. V. vereinbarten die Vertragsparteien in Berlin bereits eine neue Feuerungszulage zu dem seit 1. Juni 1919 erst geltenden Reichstarif; man war so verständig gewesen, nur drei Monate Frist für eine Nachprüfung der allgemeinen Feuerungsverhältnisse festzusetzen. Das Steinbrückeramt gelangte nach Unterfuchung von Calwers und amtllichem Material ohne weiteres einmütig zu der Auffassung, daß unerkennbar die Feuerung noch größeren Umfang angenommen hat. Bei den Verhandlungen wollten die Prinzipale die neue Feuerungszulage nach der Einwohnerngrößenklassen stellen; die unter 24 Jahre alten Gehilfen sollten je 2 Mk. weniger erhalten. Dagegen erhoben die Gehilfenvertreter Widerstand. Die Stufung nach Ortsklassen fiel, dafür kam aber eine nach drei Altersklassen (18—21, 21—24 und über 24 Jahre) auf, für die 15, 18 und 20 Mk. die entsprechenden Sätze sind. Diesmal jedoch legte man sich mit einer Dauer bis zum 31. März 1920 fest. Die Arbeitszeit war bei dem eigenlichen Tarifabschluss schon auf 47 Stunden normiert. In einem Artikel über die neue Feuerungszulage sagt hierzu das Steinbrückerprinzipalsorgan: „Wir haben die siebenundvierzigstündige Arbeitszeit aufgefunden in der Annahme, daß auch das Buchdruckgewerbe dazu wird übergehen müssen.“ Aus dem angezogenen Artikel sowohl wie aus dem Gehilfenorgan („Graphische Presse“) kann auf ein zufriedenstellendes geistliches und sachliches Einleben in die neuen Verhältnisse geschlossen werden, wenn auch nach Andeutungen im „Deutschen Steinbrücker“ die Anpassung in Prinzipalskreisen teilweise noch Überwindung kostet. In der vorigen Woche hat in Magdeburg der durch die Verkehrssperre vergrößerte Verbandstag der Lithographen und Steinbrücker stattgefunden; man kann annehmen, daß in tarifgemeinschaftlicher Hinsicht sich die gepflegte Aussprache in den hier entwickelten Gedankengängen bewegt hat.

Wenn wir im Abschnitt III (Nr. 135) den im Geschäftsbericht des Deutschen Buchdruckervereins berührten Gedanken einer gewissen Vereinfachung der zentralen Tarife im graphischen Gewerbe als diskutabel bezeichnen — die inwischen veröffentlichten Satzungen des Graphischen Bundes enthalten das bereits als Aufgabe —, so sagen wir uns, daß von keiner Seite dabei ein Hemmschub oder ein Überschwang zu befürchten ist. Unsere graphischen Arbeitsschichten sind auch in der jetzigen Übergangsperiode keine Berliner Metallarbeiter, und ihre Führer haben Gott sei Dank keine Seelenvermanntlichkeit mit der Fingelnehmerkommission der Metallarbeiter und dem mehr noch hochbewusstem Radikalismus verfallenen Berliner Vollzugsrate (wobei in der Beilage etwas zum Haarstrüben zu finden ist). Die graphischen Unternehmerkreise aber könnten unsern Prinzipalen nach dem, was man in der letzten Zeit wahrnehmen konnte, eher zum Vorbild dienen. Wenn wir sehen, wie man sich in Leipzig um den Stein der Weisen in der Lohnfrage geplagt hat, und wie man daraus (wie aus dem Geschäftsbericht) herausfäßt, daß bei den Berliner Verhandlungen die größten Widerstände zu erwarten sein werden in dem materiellen Punkte, dann möchte man bald zu der Auffassung gelangen, daß möglichenfalls eine Wiederholung des 1846er Beispiels einer Anrufung des Parlaments in Betracht zu ziehen sein würde. Die Hauptversammlung der badischen Prinzipale in Offenburg am 7. September mit der bis zur Anregung des korporativen Austritts aus der Tarifgemeinschaft gehendes Protestbestimmung gegen die Augustbeschlüsse des Tarifausschusses bilden auch ein Merkmal, daß bei uns eine dämpfende Einwirkung von Internern aus den benachbarten Gebieten gar nicht schaden könnte. Natürlich wird das von der Vertretung der Buchdrucker-Gehilfenchaft zuwider in der nötigen Eindeutigkeit gelassen, wofür sich auf Grund der im speziellen noch zu erörternden Leipziger Substanztagung schon genug Antriebskraft ergeben wird.

Man glaube nicht, daß wir im vorstehenden zu viel sagen, erklärte doch ein Hauptredner aus der Provinz in Leipzig, die Vorgeschichte der Augustverhandlungen habe für die große Menge der Mitglieder draußen „unter dem Zeichen der ersten Vorbereitungen eines bewaffneten Konflikt“ gestanden.

## □ □ Zur Tarifausschließung □ □

### Aus Versammlungen:

**Schnellste Einberufung usw. verlangen: Frankfurt.** — Dresden (Mindestlohn von 150 Mk. ab 1. November und Bildung von Preisprüfungsstellen zur weiteren Lohnfestlegung; allgemeine Abschaffung des Berechnens; Einstellung aller Arbeitslosen und Sozialisierung des Buchgewerbes). — Schwab. Gmünd (sofortige Erhöhung, rückwirkend bis 1. November). — Chemnitz (gleiche Zulagen für Provinz und Großstadt, rückwirkend ab 1. November). — Salzwedel (entsprechende Lohnaufbesserung ohne Stufung nach Orten oder Sparten ab 1. November; Gleichstellung im Lokalausschlag mit Stendal; größeres Mitbestimmungsrecht im Betriebe). — Quedlinburg (Erhöhung um 30 Mk. wöchentlich, rückwirkend vom 1. Dezember ab, ohne Stufung). — Plauen i. V. (60 Mk. Erhöhung pro Woche). — Gera (selbstgemäße Erhöhung; Fehlerlagenschädigung für alle Gehilfen, auch Berechnen). — Krimmitschau (für Resolution Dreher-Schaefer, ohne Stufung).

### Aus Artikeln:

**Unter der Stichmarke „Unser Lohn und die Valuta“** behandelt Kollege A. S. in Halle a. d. S. die Notwendigkeit, daß die Buchdrucker endlich einmal den Lohn von 1914, auf Grund der heutigen Valuta umgerechnet, erhalten. Die Schuld dafür, daß unser Gewerbe nicht zur Ruhe kommen kann, liegt an der allgemeinen, immer mehr zunehmenden Teuerung, also ebenfalls außerhalb unseres Machtbereichs. Allerdings nur scheinbar; denn gerade unsere Prinzipale, die wie kaum eine andre Körperschaft die öffentliche Meinung in der Hand haben, tragen ein groß Teil Schuld daran. Würden sie sich endlich einmal darüber einig werden, all ihre Energie, die sie (nichtslos) gegen die Forderungen der Gehilfen aufzuwenden, dazu zu benutzen, in ihrem eignen Produkt, den Tageszettungen, gegen die wahnwitzige Teuerung beharrlich und täglich Sturm zu laufen, so würde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Auch wäre an ein gemeinsames Vorgehen der Unternehmer mit unsern Organisations- und Tarifvereinigungen zu denken, um eine Senkung der wahnwitzigen Preise zu erzielen. Gerade die vielumstrittenen Arbeitsgemeinschaften sollten ihre Kraft einsetzen, den am meisten gedrückten Arbeiterschichten aufzuhelfen und auch auf diese Weise zur Besserung der Produktionsluft und Produktionsmöglichkeit beizutragen. Die Schuld am der geringen Kaufkraft des Geldes liegt größtenteils an unsern schlechten Valuta. Während wir alle Artikel aus dem Auslande mit dem sechsfachen Betrage bezahlen müssen, sind die Unternehmer imlande, unsere einzige Ware, die Arbeitskraft, entsprechend billig zu verkaufen. Ein Gremel möge dies lehren: In Orten mit 12½ Proz. Lokalausschlag war das Minimum vor dem Kriege rund 31 Mk. Heute beträgt es dort 104 Mk. Diese 104 Mk. haben aber bei einem Valutastande von 20 nur einen Wert von 20,80 Mk. Folglich ist der Unternehmer in der Lage, die Arbeitskraft im Auslande um 10 Mk. nach Friedensvaluta (= 50 Gr.) billiger zu verkaufen als 1914. (Vorausgesetzt natürlich, daß der Entente-Kapitalismus die deutschen Produkte — soweit diese nicht unbedingt gebraucht werden — vom Weltmarkt nicht etwa fernhält oder sie boykottiert. Neb.) Da unsere Lebenshaltung übrigens noch in viel höherem Maße teurer geworden ist, als unsere Valuta sank, ließe sich an Hand von Wirtschaftsberechnungen leicht beweisen. Man denke nur an Kleider und Schuhe. — Kollege C. Gersick in Bonn bespricht das gleiche Problem in einem Artikel „Alles wird nach der Valuta berechnet“. Es wird in Deutschland, wo jetzt die blühendsten Arbeitsplätze der Welt stehen, eher keine Ruhe geben, bis die Höhe der Valuta angepaßt werden. Alle Einnahmen und Ausgaben sind darauf einzustellen. Der Valutawindel hätte dann ein Ende und das Auslande muß die von uns bezogenen Waren richtig bezahlen. Jetzt kauft es in Deutschland so billig wie nie zuvor. Hier im besetzten Gebiete kann man beobachten, wie die Besatzungstruppen mit ihren geringen Einnahmen leben. Sie trinken eine Flasche Wein nach der andern, kaufen, was sie nur können, und die Zigarettenstücken stehen von morgens bis abends voll. Der deutsche Arbeiter dagegen muß bei dem niedrigen Stand unser Valuta für einen Hungerlohn arbeiten. Wenn die Löhne nicht um 20 Mk. pro Monat erhöht werden, bis die Kaufkraft unsern Lohnes von 1914 erreicht wird, dann zeigt sich alle zwei bis drei Monate das gleiche Bild: Arbeitgeber und Arbeitnehmer bekämpfen und zermürben sich gegenseitig immer tiefer, und die Nerven, die schon durch den Krieg genug gelitten haben, versagen schließlich ganz. Wenn wir warten wollen, bis unsere Valuta durch die deutsche Arbeitskraft wieder in die Höhe gelangt, dann laufen die Arbeiter nach und nach über die Berge. Da ein einzelnes Gewerbe nicht in der Lage ist, den Umschwung herbeizuführen, sollte ein Gewerkschaftskongreß, auf dem die Regierung vertreten ist, zu der aufgeworfene Frage Stellung nehmen. So wie bisher kann es nicht weitergehen.

Daß auch die Berechnungspositionen des Tarifs den Feuerungsverhältnissen angepaßt werden müssen bei der bevorstehenden Sitzung des Tarifausschusses, das wird von einigen Artikelchreibern nachdrücklich gefordert. Kollege A. S. aus Halle a. d. S. verlangt schleunige Abschaffung verschiedener Ungerechtigkeiten, damit den Berechnen für alle Arbeiter der gerechte tarifliche Lohn zuteil wird. Also nicht, wie heute, Berechnung der Kolonnen nach Tarifpreis plus 73 Mk. Feuerungszulage, sondern

Tarifpreis plus Feuerungszulage in gleicher Höhe, wie die Prinzipale den Beklebern es berechnen (200 Proz.). Hierzu gibt der Stälische Kollege folgendes Beispiel: Ich lege ein Werk, von dem der Bogen 31 Mk. kostet, daß 73 Mk. Feuerungszulage = 104 Mk. über pro Kolonne = 6,50 Mk. Gehalt der Berechnen nun fünf Kolonnen pro Woche über Minimum, so erhält er für jede dieser fünf Kolonnen nur den Preis von 31:16 = 1,94 Mk., oder für fünf Kolonnen = 9,70 Mk., da ja die Feuerungszulage unabhängig von der Spießleistung ist. Unter Gewißheit ist um 235 Proz. höher als der Friedenslohn. Würde nun auf Grund dieser Bezahlung gerecht berechnet, so hätte jede dieser fünf Kolonnen auf 6,50 Mk., also zusammen 32,50 Mk. Der Prinzipal berechnet aber laut Druckpreisliste 260 Proz. Zuschlag. Wir sehen, daß nach dem Friedensstaf die Kolonne = 1,94 Mk. kostete. Dies mit 260 Proz. kapitalistisch ergibt 6,98 Mk. Warum bekommt nun der selbige Arbeiter für jede Kolonne 4,56 bzw. 5,04 Mk. weniger? Auf diese Frage sollten unsere Gehilfenvertreter von den Prinzipalen eine Antwort fordern. — Kollege Franz Neuberger in Naumburg a. d. S. wünscht durch einen Artikel „Entschädigung für Abbezogene im Werkhabe“ zur Ausfüllung einer Lücke im Tarif beizutragen. Alle im Werkpakett als Beschäftigten werden empfunden, daß bei achtstündiger Arbeitszeit das Minimum schwer herauszuholen ist, da ungefähr zwölf Stunden wöchentlich für Abbezogene verloren gehen. Analog der Arbeit in der Fabrik und in Setzungen oder in anderen Branchen, wo jede Handrechnung in den Lohn eingerechnet ist, müßte auch für die Abbezogene im Werkhabe eine Entschädigung gezahlt werden.

## Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

### Der „Abbau“ bei den Faktoren

Der Wahr hat seine Schuldigkeit getan, der Wahr kann gehen!

Als ich in Nr. 125 des „Korr.“ von dem Ansuchen las, das von Prinzipalseite am vorkriegshand gestellt war, das dahin geht, den im vorerwähnten Artikel beschriebenen Faktoren den Kaufpaß geben zu dürfen, kam mir unwillkürlich obiger Ausspruch in den Sinn. Die „Graphische Welt“ hat inzwischen erklärt, daß das bewußte Prinzipalszirkular nicht an den Faktorenbund, sondern an Prinzipale, jedenfalls an Prinzipalsvereine, gerichtet war. (Neb.)

Also die alten Knaben sollen ihrer Bezahlung entsprechend nicht mehr leistungsfähig sein, und es soll ihnen geben, die bei dem verringerten Personalbestand ihre Forderungen, die sie bis jetzt in entgegenkommender Weise durchgehalten haben, für die Dauer nicht mehr bekräftigen könnten.

Betrachten wir uns einmal die alten Faktoren. In den meisten Fällen wird es doch so sein, daß diese Kollegen ein und demselben Betrieb ein ganzes Menschenalter hindurch mit ihrem ganzen Können und ihrer ganzen Kraft geben, so zum Ausfluß der betreffenden Firma beigetragen haben und das noch tun, trotz ihres vorgerückten Alters. Letzteres gerade deshalb, weil sie auf Grund jahrelanger Erfahrungen dazu befähigt sind. Was sie, daß dieser oder jener mit der Zeit nicht mitgegangen ist, aber wenn das der Fall ist, bedrückt er nicht auf einen leitenden Posten. Diese Fälle werden jedoch außerordentlich gering sein, weil jeder, der sich auf leitenden Posten behaupten will, bemüht sein muß, auf der Höhe zu bleiben.

Dann die „überflüssigen“ Faktoren. Ja, haben unsere Prinzipale ganz vergessen, daß die heute angeblich zu entbehrenden Faktoren während der Zeit des Krieges fast ausschließlich gerade diejenigen waren, welche ihren Betrieb mit wenigen Erbringungen oder Mäßen aufrecht erhalten haben? Gehilfen gab es doch, wenigstens in den Kleinbetrieben, so gut wie gar nicht, und wenn ein Vorkriegs keine Vorkriegs beendet hatte, dann wurde er zum Seeresidenten eingesetzt, so daß immer wieder von unten herauf Ersatz durch Beiräte geschaffen werden mußte. Wie angeordnet damals der heute „entbehrliche“ Faktor sein ganzes praktisches und theoretisches Wissen und Können in den Dienst der Prinzipale stellen mußte, davon hat nur der eine Ahnung, der es durchgemacht hat. Als „Dank“ dafür will man diese Kollegen jetzt auf die Straße jagen.

Es zeugt von einer außerordentlich niedrigen Einschätzung der Faktoren hinsichtlich ihres kollegialen Gemeinheitsgefühls, wenn sich die Prinzipale solche Absichten erdresen zu dürfen glauben. Genau so, wie es die Gehilfen getan haben, als ihnen ein Abbau der Feuerungszulagen zugemutet wurde, müßte durch die Reiben der Faktoren ein Sturm der Entrüstung gegangen sein, nachdem der „Korr.“ diese Sache aus Licht bringen konnte, aber „über allen Wipfeln ist Ruh!“ Man ist allem Anscheine nach um keine „leinen“ Gründe besorgt und überläßt die betroffenen Kollegen ihrem Schicksale.

Vielleicht fürchtet man auch, daß die famose Vertragsgemeinschaft wieder in die Brüche gehen werde, mit der man sich nach meinem Dafürhalten eine derbe Rute auf den Hintern gebunden hat. „Los vom Verband!“ ist der ganze Zweck dieser Vertragsgemeinschaft hüben wie drüben. Warum ein Teil der Faktorenkollegen von der Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nichts wissen will, liegt auf der Hand. Man hält sich in seiner gehobenen Lebenslage für zu auf, um sich mit den Gehilfen in tariflichen und Lohnfragen in eine Reihe zu stellen.

Wenn Herr Knabe die Interessen seiner Kollegen richtig wahrnehmen will, dann hat er vollauf damit zu tun;



dann möge er seine Angriffe nicht gegen die Verbandsfunktionäre, sondern gegen die Stellen richten, die jetzt versuchen, alle un„entbehrliche“ Kollegen auf das Straßenpflaster zu werfen.

Schwibus. Gustav Briele, Faktor.

### Erläuterung zur Frankfurter Faktorenangelegenheit

Ich habe in der Versammlung am 12. Oktober weder Verbandsmitglieder beschimpft noch etwas Ähnliches getan; auch dann nicht, wenn man trotzdem auf dieser Behauptung bestehen bleiben sollte. Ich habe gar keinen Grund, Verbandsmitglieder als solche zu beschimpfen; ich verfall in meinem Vortrage lediglich die Ansicht, daß ein Faktor als neutrale Mittelsperson nicht Verbandsmitglied sein dürfte.

Wenn man trotzdem von Beschimpfung zu sprechen wagt, so ist das Beweis genug, wie wenig Verständnis mein Vortrat bei den Mitgliedern der Freien Faktorenvereinigung fand. Nicht auf unserer Seite fiel das beleidigende Wort vom „Altbühnenreißer“. Das Hoch auf den Verband am Schluß der Versammlung in einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft wurde auch von einer großen Zahl Verbandsmitglieder als eine Tadellosigkeit bezeichnet.

Frankfurt a. M. Franz Rußen.

### Sehe gegen die Betriebsräte im graphischen Gewerbe

Noch bevor das Betriebsrätegesetz unter Dach und Fach kommt, bringt die „Graphische Welt“ in Nr. 28 einen längeren Artikel, welcher sich gegen die Betriebsräte wendet. In das gleiche Horn bläst die „Papierzeitung“ in Nr. 87. Es wird da gesagt, daß in einer süd-deutschen Großstadt ein Steindruckfaktor eingestellt wurde und nach vierzehn Tagen, ohne eine Reklamation mit dem Personal gehabt zu haben, kurzerhand durch die Betriebsräte entlassen worden sei.

Eine große Anklage — doch wie verhält sich die Sache wirklich? Der betreffende Faktor wurde zur Probe eingestellt und konnte laut Vereinbarungen jederzeit entlassen werden. Nicht die Betriebsräte haben durch einen Nachspruch seine Entlassung gefordert, sondern die Arbeiterschaft. Dieselbe konnte sich noch sehr gut erinnern, daß der Herr Faktor in einer andern Firma am gleichen Orte die Drucker als „Schweine“ beistellte. In derselben Firma ließ sich dieser Herr auch in stiller Beziehung verschiedene Verleumdungen an weiblichem Personal ausbreiten. Sein Name hat übrigens in der „Graphischen Presse“ seit langer Zeit eine Vermählung erlangt. Alle diese Gründe und die Voraussetzungen, daß es der Herr Faktor auch hier wieder so frei sein würde, veranlaßten den gesamten Betriebsrat, seine Entlassung zu fordern, wozu auch die Direktion ihr volles Einverständnis gab, da der Herr Faktor vor seinem Eintritt verschiedenes Ungünstiges über sich verschwiegen hat. Die Entlassung geschah zum Nutzen des Geschäfts, in welchem geordnete Zustände bestehen. Derselben waren durch das Verbleiben des betreffenden Herrn gefährdet. Zu bemerken wäre noch, daß dieser Herr Faktor früher ein getreuer Knappe des Schubverbandes war, bei Streiks mit den sich meldenden Streikbrechern Sauflagge veranfaßte und seine Haupttätigkeit darin erblickte, möglichst viele unserer Kollegen außer Stellung zu bringen.

München. Die Betriebsräte der Firma Obpacher (Stein- und Buchdruckerei).

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Nachahmensewerte Beispiele.** In Karlsruhe i. B. bewilligte die Buchdruckerei Gedt & Co. („Volkstreu“) ihrem Gesamtpersonal eine einmalige Ankaufszulage, und zwar für Eheverleierte 250 Mk., für ledige 200 Mk. und für Lehrlinge 100 Mk. — In Schweinfurt gewährte die Geschäftsleitung des „Schweinfurter Tageblattes“ ihrem Personal eine Wirtschaftsbefehle, und zwar den Eheverleierte 150 Mk. und den Ledigen 100 Mk.; zwölf Kollegen kamen in den Genuss dieser Befehle. — In Pr. Holland zahlte die Oberländer Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. an das gesamte Personal eine einmalige Wirtschaftsbefehle. Die Gehilfen erhielten 200 bis 300 Mk., der Lehrling 150 Mk., die Anlegerinnen 50 und 100 Mk.

**Offene Stellen für schwer kriegsbeschädigte.** Drei schwer kriegsbeschädigte Gehilfen werden für Berlin für Kontorarbeiten und dergleichen gesucht; ferner ein weiterer schwer kriegsbeschädigter als Volantmeister, muß aber gut zu Fuß sein; Verlust eines Armes nicht hinderlich. Ein schwer kriegsbeschädigter Maschinenführer nach Erfurt, Meldungen sofort beim Tarifamt Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

**Amliche Anerkennung der Steuerzuschläge zum Druckpreiskurs in Baden.** Nach einem Bericht der „Papierzeitung“ hat der Verein Badischer Buchdruckereibesitzer (Sitz Mannheim) an die badische Regierung eine Eingabe gerichtet, nach der alle Preisveränderungen und Steuerzuschläge zum Druckpreiskurs, die vom Tarifamt bestimmt werden, automatisch wirksam werden sollen. Daraus hat das Badische Ministerium des Innern am 30. Oktober folgenden Bescheid erteilt: „Wir haben im Einverständnis mit dem Ministerium der Finanzen den uns unterstellten Behörden mitgeteilt, daß wir damit einverstanden sind, daß die durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker festgesetzten Steuerzuschläge oder Ermäßigungen automatisch in Kraft treten, sobald sie durch die Organe der Tarifgemeinschaft bekannt gemacht werden, und daß der dortige

Verein für die regelmäßige Bekanntgabe an die Behörden Sorge tragen werde. Wir behalten uns jedoch vor, falls diese Regelung zu Unzufriedenheiten führen sollte, unser Einverständnis damit jederzeit zu widerrufen. Die übrigen Ministerien sind hiervon durch uns in Kenntnis gesetzt worden. Eine Verordnung oder Bekanntmachung in der vorstehenden in Anregung gebrachten Form kommt nicht in Frage; insbesondere sind wir nicht in der Lage, die hiesigen Verwaltungen zur Anerkennung des Deutschen Buchdruckpreiskurs anzuhalten, da es sich dabei um eine Angelegenheit der Gemeinde handelt, auf die den staatlichen Behörden ein Einfluß nicht zusteht.“

**Nachrichten des gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes für Auswanderer.** In Mexiko hält die Verteuerung der Lebensmittel an; sie beträgt jetzt schon weit über 100 Proz. seit der Zeit vor dem Sirage. Die „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ veröffentlicht das angebliche argentinische Heimattagebuch, wonach Grund und Boden unentgeltlich abgegeben wird. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze noch nicht erlassen sind, daß es also Land unsonst nicht gibt. Die Landpreise sind in den letzten Jahren so hoch gestiegen, daß die Rentabilität stark in Frage gestellt ist. Die Einrichtungen auf gepachtem Lande für einen Betrieb von 100 ha stellen sich zur Zeit allein auf 36700 Mk. Landarbeiter haben nur in der Erntezeit gutbezahlte Arbeit, sonst herrscht Überangebot an Arbeitskräften. Der Arbeitsnachweis liegt im argen. In hiesigen Arbeitskräften ist kein Mangel. Die Einzelbestimmungen sind noch immer sehr erklährt. Die Regierungen von Uruguay, Brasilien und Argentinien haben ein Abkommen getroffen, das ein Landungsvorbehalt und Ausweitungsmöglichkeiten für Auswanderer vorbehält. Patagonien und Chaco (Südamerika) eignen sich wegen des Mangels an Verkehrsgelegenheit und infolge des teilweise ungünstigen Klimas nicht für deutsche Auswanderer. Auch in Peru sind die Aussichten ungünstig. Die Industrie ist nur wenig entwickelt. Hinzu kommt der Wettbewerb mit den Einländern und Afrikanern. Wegen der Unsicherheit der Rechts- und sonstigen Verhältnisse kann auch die ländliche Kleinlebensweise nicht empfohlen werden. Zudem bemühen sich englische Behörden, ihre Kriegsteilnehmer in Peru unterzubringen. Etwas bessere Aussichten bietet Venezuela, jedoch ist dringend zu empfehlen, daß landwirtschaftliche Arbeiter nur dann dorthin reisen, wenn sie einwandfreie Kontrakte von der Regierung oder einer Anleihergesellschaft haben, in denen ihnen freie Überfahrt und eine bestimmte Arbeitsstelle zugesichert sind. Der Australische Bund plant eine ständige „geheime Überwachung“ aller Einwanderer aus fernöstlichen Ländern.

**Die unverantwortlichen Agrarier.** Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an die Reichsregierung eine Rundgebung gerichtet, in der folgende Forderungen erhoben werden: 1. daß die Fleischbewirtschaftung sofort aufgehoben wird, da sie in Wirklichkeit nur noch auf dem Papier besteht, aber durch die unter Strafe gestellten Vorschriften die Landwirtschaft in der zweckmäßigen Bewirtschaftung ihrer Viehbestände auf das äußerste stört. Die Tätigkeit der Fleischkeller kann sich nach Aufhebung der Bewirtschaftung des aus der inländischen Erzeugung stammenden Fleisches nimmere auf die Verleitung des eingeführten Fleisches erstrecken; 2. daß das Reichswirtschaftsministerium sofort amtlich erklärt, daß von einer Zuckerbewirtschaftung im nächsten Erntejahr abgesehen wird; 3. die Deckung des Bedarfs an Brotgetreide kann nur erwartet werden, wenn der Landwirtschaft eine bessere Ernährung der im Betriebe beschäftigten Personen und zur Erhaltung der Wirtschaften ein größerer Teil als bisher gestattet wird; 4. die von der Reichsgesetzstelle aufrechterhaltene vollständige Beschlagnahme der Gerste muß aufgehoben werden, da es genügt, wenn eine Messerung von etwa dem dritten Teil der Ernte ausgeführt ist. Die übrige Gerste dem Landwirt zur freien Verwendung im eigenen Betriebe belassen werden, da es sonst unmöglich ist, unsere Fleisch- und Feilverarbeitung, die in der Hauptsache nur durch Wiederbelebung der Schweinefleisch gehoben werden kann, auch nur einigermaßen zu bessern; 5. ein den Vorschlägen in Ziffer 3 entsprechende angepasstes Verfahren muß, wenn eine völlige Aufhebung der Bewirtschaftung ganz unmöglich ist, auch bei der Beschaffung von Kartoffeln Platz greifen, wo bei dem den Erwartungen nicht entsprechenden Ausfall der Ernte eine genügende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu den jetzigen Preisen nicht durchführbar ist. Wenn diesen Forderungen entsprochen wird, sind die entsprechenden landwirtschaftlichen Körperstellen bereit, die entsprechenden Maßnahmen der Regierung durch Ausführung zu unterstützen und auf rasche und vollständige Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen durch die Landwirte hinzuwirken. Sollten die Forderungen dagegen nicht erfüllt werden, so muß die Vertretung der Landwirtschaft jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen ablehnen. — Demgegenüber sind wir der Meinung, daß die Vertretung der deutschen Landwirtschaft überhaupt noch kein besonderes Verantwortungsgefühl für die Volksernährung beweisen hat. Ihr ganzes Denken und Treiben ist nur darauf eingestellt, wie bereichern wir uns. Auf dieser Basis haben sie bis jetzt noch nichts verstanden, um alle Maßnahmen der Regierung im Interesse einer besseren Volksernährung zu hinterfragen. Daher sind auch ihre Versprechungen, durch Ausführung der Landwirtschaft eine rasche und vollständige Erfüllung der Lieferungsbedingungen herbeizuführen, weiter nichts als Spiegelscheler. Denn wenn die mahlofen Forderungen dieser Herren erfüllt würden, so haben die Landwirte freie Bahn zu einer rücksichtslosen Ausplünderung des deutschen Volkes, die voraussichtlich alles in Schatten stellen dürfte, was wir bisher in dieser Hinsicht schon erlebt haben. Hoffentlich bleibt die Regierung gegen diese Herren

bar! und ließ sie sich überhaupt einmal etwas näher an. Wir sind der Meinung, daß unter ihnen weit schlimmere Saboteure der deutschen Volkswirtschaft leben als unter den verbodriesteten Sparakhten.

**Kriegsgefallener und Angefallenerversicherung.** Für die Angefallenen, die vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst Beiträge zur Angefallenenversicherung entrichtet haben, entsteht nach ihrer Entlassung die Frage, ob die Beiträge verfallen sind und ob etwa der Antrag auf Gewährung irgend einer Verlichungsgeldleistung gestellt werden kann. Die Reichsversicherungsanstalt hat aber alle Zweifelsfragen längere Ausführungen zusammengestellt. Für das erste Kalenderjahr, in welchem Beiträge zur Angefallenenversicherung entrichtet wurden, kommt ein Erbschein der Anwartschaft aus diesen Beiträgen nicht in Frage. Dagegen müssen vom zweiten bis zum elften Kalenderjahr der Versicherung mindestens je acht und in jedem späteren Kalenderjahr mindestens je vier Beitragsmonate nachgewiesen werden. Zur Zeit kann die Wartzeit für das Ruhegehalt von männlichen Versicherungen nur dann erfüllt sein, wenn sie die Wartzeit nach vorüberigter ärztlicher Untersuchung durch Einzahlung eines entsprechenden Kapitals bei der Reichsversicherungsanstalt abgeklärt haben. Es besteht aber für sie noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten. Soweit möglich bestehen, empfiehlt sich eine Anfrage bei dem zuständigen Ortsausschuße der Vertrauensmänner der Angefallenenversicherung oder bei der Auskunftsstelle des Rentenausschusses in Berlin-Wilmersdorf.

**Abgelehnte Kohlenpreiserhöhung.** Die die Tagespreise berichtete, ist vor einiger Zeit den Blick der Elbe gelegenen Bergwerken auf ihren Antrag eine Preiserhöhung in Aussicht gestellt worden, falls die vom Reichswirtschaftsministerium zu fällige Nachprüfung eine solche als befristet erscheinen lasse. Die Ergebnisse der darauf angefallenen Untersuchungen rechtserfahrene eine solche Erhöhung nicht. Der Reichswirtschaftsminister hat infolgedessen seine Genehmigung zu der Preiserhöhung verweigert. Es bleibt daher bei den bisher bestehenden Preisen.

**Warnung vor Arbeiterentlassungen.** Der Demobilisierungskommissar für Düsseldorf wendet sich an die Unternehmer, die wegen mangelnder Kohlen- und Rohstoffzufuhren Arbeitsbeschränkungen zu gewärtigen haben. Aus rein menschlichem Empfinden und aus sozialen Gründen sollte jeder Unternehmer sich der Pflicht bewußt werden, zu seinem Teile mit beizutragen zur Verringerung der allgemeinen Not und keine Arbeiterentlassungen aus vorübergehenden Notständen vorzunehmen. Das Elend der Industriebeschäftigten und die Zahlen der Erwerbslosen seien ohnehin groß genug, so daß eine Vermehrung durch Arbeiterentlassungen unter allen Umständen vermieden werden müßte. Leider ist sozialer Fortschritt nur bei einem Bruchteile der Unternehmer anzutreffen.

### Verchiedene Eingänge

„**Zytopographische Mitteilungen.**“ Alttes Heft. Gedruckt im Verlag „Aus dem Gehalte dieser anerkannt muerkgründigen technischen Fachschrift der deutschen Geisteswissenschaft ist besonders der erste Aufsatz „Zur Sirensperitorenkonstruktion“ hervorgehoben, durch den im Zusammenhang mit einem Rückblick auf die bisherigen Fortbildungsbestrebungen auf organisierte Grundlage der Zytopographischen Gesellschaften die zukünftige Bildungsarbeit in idealer Weise programmatisch zur Darstellung kommt. Eine zuversichtliche Hoffnung für erfolgreicheren Ausbau ist, was der Krieg auf diesem Gebiet unterbrochen hat, davon jetzt bei der neuen Welle und neuen Ziele, denen jeder Fachmann mit innerer Freude zustimmen kann. Die wichtige Frage der Berufsaussicht findet in einem zweiten Aufsatz: „Eignung zum Seher- und Druckerberufe“, durch Direktor H. Friedemann (Leipzig) äußerst wertvolle Beleuchtung und beweis, daß auch hier ernsthafte Versuche im Gange sind, die dem Prinzip „Jeder Mann an seinen Platz“ auch bei der Berufswahl und Berufsgliederung zum Durchbruch verhelfen. Auch die weiteren Beiträge in diesem Heft aus den verschiedensten fachlichen Spezialgebieten lassen ein neues, rationelles Schaffen erkennen. Insbesondere gilt dies für die „Sehe der neuen Zeit“, H. Selig (Güllager), einer Arbeit aus dem literarischen Weltberuf des Verbandes der Deutschen Zytopographischen Gesellschaften. Was hier in kurzen Kapiteln an literarischen Zeigedanken in englischer Verbindung mit den gemerkchaftlichen Bestrebungen im allgemeinen und mit der beruflichen Fortbildungsarbeit im besonderen gebracht wird, verdient von allen Kollegen, die nach dem rechten Weg in untrübe verwirrt Zeit suchen, nicht nur einmal gelesen zu werden. Zu begehren ist das offizielle Organ des Verbandes der Deutschen Zytopographischen Gesellschaften zu einem Preise von 2,25 Mk. vierteljährlich für den Post oder bei der Buchhandlung, von 1,50 Mk. pro Jahr bei direkter Zulieferung vom Verlag der „Zytopographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8. Das Einzelheft kostet 1 Mk.

„**Schweizer Graphische Mitteilungen.**“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 37. Jahrgang, Heft 10. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen.

„**Berliner Buchdrucker-Talchenscheiter** für das Jahr 1920.“ Siebenter Jahrgang. Herausgeber Otto Schulz, Berlin N 37, Fühlenerstraße 10. Preis 1,50 Mk. (ausschließlich Porto). Der vorliegende Kalender erhält für die drücklichen Verhältnisse der Berliner Kollegen eine ausgezeichnete Zusammenstellung der willensreichen Vorkämpfer über Kassen- und Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung, Steuerfragen, Minderangehörigen, wofür die noch kurze Abhandlungen über die Reichsversammlung, den Stand der Organisations, Technische, Postkarte sowie die nächsten Adressenverzeichnis. Der Preis ist für das praktische und empfehlenswerte Wägen als sehr mäßig zu bezeichnen.

„**Die Bekämpfung der Menschheit.**“ Heft 2 und 3. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart. Vollständig in 80 Heften zum Preise von 1 Mk. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. in Berlin W 57. In diesem Werke wird zum erstmaligen eine Geschichte der Freiheitsideen geschrieben und damit der größte Durchbruch durch die Geschichte der Menschheit überhaupt gezogen, der sich denken läßt. Das neue Sammelwerk, an dem die ersten Meister Europas mitarbeiten — Paul Adler, Eduard Bernstein, August Foa, Arthur Henderson, Jean Louvet, Heinrich Lutz, Friedrich Müchler, Dr. F. Trotski u. a. — gibt den größten und weitesten Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Freiheitsgedankens, den man jemals zu geben versucht hat. Die vorliegenden Hefte bringen die Fortsetzung des im ersten Heft begonnenen dritten Teiles: Soziale Entwicklung. Alle 14 Tage wird ein Heft zum Preise von 1 Mk. erscheinen. Die sorgfältige Auswahl der Abbildungen, die in häufiger Anzahl dem Texte beigelegt sind, stellen besonders vorzügliche Leistungen der graphischen Kunst dar.

„**Ein Heft über die Genarereignisse.** Meine Beiträge im Berliner Volkspreiskurs und mein Anteil an den Genarereignissen.“ Von Emil Eichborn, Mitglied der Nationalversammlung, Preis 2 Mk. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ in Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Briefkasten

Fr. W. in U.: Eingeladener Briefkasten findet demnach Aufnahme...

frage, aber nicht in die Quartalsabrechnungen einzuflechten...

Gau Leipzig. Die Geber Georg Feig, geb. in Mansfeld...

Gau Nordwest. Das Buch des Stereotypens Paul Zater...

Adressenveränderungen. Ausbach. Vorsitzender: Georg Wurmbocher...

Zur Aufnahme gemeldet. (Eingebunden innerhalb 14 Tagen an die beigelagerte Adresse)...

Richardt, geb. in Wilhelmsburg 1898, ausgel. in Hamburg 1916...

Berlin. Vorsitzender: Georg Wurmbocher, Schwannestraße 21.

Aus dem Inhalte dieser Nummer: Bekanntmachung des Tarifamts betreffend Einberufung des Tarif...

Berbandsnachrichten

Der Antrag des Unterzeichneten betreffs Weihnachtsgabe an die Invaliden...

Handpresse, Graphiker, Handdrucker. Grobes graphisches Unternehmen in Leipzig plant die Errichtung einer Handpresse...

Preisauschreiben „Ehme-Antiqua“. Mehrfachen Anregungen aus Teilnehmerrufen entsprechend wird der Schlußtermin für weitere Einbindungen auf 31. Dezember d. J. verschoben.

Graphische Fachklassen. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Maschinenband. Friedensqualität, liefern 1733. Bezzer & Moll, Düsseldorf, Graf-Elbolf-Strasse 112.

Selbsttraierer. Magnet-Elektrostein. H. Saas, München, Korneliusstr. 18, Rg.

Ein gutes Wörterbuch das richtige Geschenk. Sprachbrüchlich zuverlässig u. preisw. sind die in vielen hunderttausend Bänden in Gebrauch befindl. Langenscheidtschen Wörterbücher:

Menge-Giiling. Wörterbuch der griech. und deutschen Sprache. 2 Bände je 13,50 Mk.

Menge-Giiling. Wörterbuch der latein. und deutschen Sprache. 2 Bände je 13,50 Mk.

Menge-Giiling. Wörterbuch der engl. und deutschen Sprache mit Ausgabe der Aussprache nach d. Method. Lautstimm-Längenscheidt. 2 Bände je 13,50 Mk.

Gasnof! Gasnof! besteht nicht mehr beim Gebrauche des Pfeifst. und Dunstbrenners (D.R.G.M.) von H. Petke, Escher, Wichtig für Heizungsbetriebe, Kaminöfen, Typograph. Monotype und Kompositionsmaschinen...

Gaserparnis dringende Pflicht! Magdeburg/Halle Geschäftsleiter/Redakteur für eine täglich vierseitig erscheinende Parteizeitung gesucht.

Schiffseher. Sucht per sofort Stellung; egal wohin. Gest. Offerten unter Nr. 950 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ortsverein Trebbin. Am Sonntag, dem 29. November, abends 7 Uhr, feiert der Ortsverein sein 21. Stiftungsfest.

Maschinenband. Friedensqualität, liefern 1733. Bezzer & Moll, Düsseldorf, Graf-Elbolf-Strasse 112.

Selbsttraierer. Magnet-Elektrostein. H. Saas, München, Korneliusstr. 18, Rg.

Selbsttraierer. Magnet-Elektrostein. H. Saas, München, Korneliusstr. 18, Rg.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. Für die Hilfsprüfung empf. geeignete Frachtschreibbücher.

Menge-Giiling. Wörterbuch der griech. und deutschen Sprache. 2 Bände je 13,50 Mk.

Menge-Giiling. Wörterbuch der latein. und deutschen Sprache. 2 Bände je 13,50 Mk.

Menge-Giiling. Wörterbuch der engl. und deutschen Sprache mit Ausgabe der Aussprache nach d. Method. Lautstimm-Längenscheidt. 2 Bände je 13,50 Mk.

Alphabethefte Gute Werkzeuge. Bestand d. Deutsch. Typogr. Verel. f. Leipzig, Schömannstr. 8. Postk. 53430.



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Stammnummer 3 Pfennig des Exemplars, jede mit älterer Erscheinungsweise bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 137 — Leipzig, den 25. November 1919

Veröffentlichung: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Die Probe aufs Exempel im Berliner Metallarbeiterstreik

Beim Ausschreiben aus seinem fast 30 Jahre lang ungeschulten Amt in der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes schickte Alexander Schlichte, der jetzige Reichsarbeitsminister, ein Schreiben an die Verbandseitung, worin er u. a. sagte: „Die Entwicklung, die unter Verband gekommen hat, macht es mir unendlich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu fragen, die das Amt des ersten Vorsitzenden verlangt. Ich werde in der Überzeugung, daß die jüngste Entwicklung unseres Verbandes unter Mitglidern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort Macht über die Tat errangen hat, muß ich als aufrichter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen. . . . Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Eure Einigkeit kann sie lösen. Wollt Ihr Euch Enttäuschungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte, Scheitel nicht aus die Summe der Erfahrungen, die in der Verhandlungselbst verkörpert ist. . . .“

Schneller als gedacht haben die wahnenden Worte und die frühen Prophezeiungen Schlichtes, dessen Aufrichtigkeit und dessen verbienendes Wirken für die Sache der Metallarbeiter von Freund und Feind auf dem Stuttgarter Verbandstag ausdrücklich anerkannt wurde, vollinhaltlich Bestätigung gefunden durch den Verlauf und den Ausgang des zusammengebrochenen Berliner Metallarbeiterstreiks.

Für den Fernstehenden war es schwer, sich während des achtwöchigen Kampfes in der Berliner Metallindustrie über dessen eigentliche Ursache völlig klar zu werden. Im Gegensatz zu andern großen Bewegungen blieben beim Berliner Metallarbeiterstreik der Öffentlichkeit die Differenzen mehr oder weniger verheimlicht, um die sich der Streik drehte. Eine Erklärung der Streikleitung jagte die andre, und fast jeder Tag hob neue Situationen. Selbst die am Streik beteiligten Arbeiter zeigten sich über das zu verfolgende Ziel außerordentlich mangelhaft unterrichtet. „Nichts Gewisses“, wußte man nicht; war-fo viel stand für die Arbeiterchaft fest, daß der Kampf geführt werden müsse, um eine zu befürchtende Herabsetzung der bestehenden Löhne, insbesondere der Höchstlöhne, zu verhindern. Demgegenüber stand die wiederholte Erklärung der Unternehmer, daß sie an eine Herabsetzung nicht dächten, und daß niemand in seinen bisherigen Bezügen geschmälert werden solle. Es blieb natürlich das gute Recht der Metallarbeiter, die Erklärungen der Unternehmer für unglaubwürdig zu erachten, sobald es umhinkam, schon auf bloße Vermutungen hin in einen folgenschweren Kampf einzutreten. Hier wäre es die Aufgabe der Führenden gewesen, die die Situation besser zu überblicken vermochten als der Mann am Schraubstock und an der Maschine, das Wohl der Masse höher zu bewerten als deren Willen. August Bebel sagte einmal:

Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, ein Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Gestellten weitersehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben in der Sorge um das tägliche Brot, der ja die Führer entboren sind.

Am wirksamsten Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie zu gewinnen, wäre es nötig gewesen, die gewerkschaftliche Stoßkraft auf die nachsichtigsten und dringendsten Dinge zu konzentrieren. Statt dessen wurde von der radikalgesinnten Streikleitung versucht, die Bewegung der Berliner Metallarbeiter durch Gedankengänge zu beeinflussen, die dem gewerkschaftlichen Empfinden direkt zuwiderlaufen, und von denen letzten Endes nur der Syndikalismus und die Selben profitieren werden. Die Zukunft wird es lehren!

Die äußerlichen Merkmale der Bewegung, deren Wollen weit über die Metallindustrie hinauszufließen, wiesen namentlich gegen Ende der Streikzeit deutlich auf die Propaganda für den organisierten Massenstreik hin, dessen politische Ziele schließlich unverhüllt zutage traten. Im Dezember 1918 gelang es den Berliner Metallarbeitern, einen Tarifvertrag aufzulegen zu bringen, der alle Arbeitsbedingungen genau festlegte; er umschloß 40 Gruppen mit 28 verschiedenen Grundpositionen. Bereits am 4. Januar 1919 wurde dieses Kollektivabkommen auf Drängen der Anhänger des revolutionären Klassenkampfes von den Berliner Metallarbeitern wieder über Bord zu werfen versucht. Von der damaligen Berliner Ortsverwaltung der Metallarbeiter jedoch wurde der Versuch des bestehenden Tarifvertrags beschlossen. Am 22. Mai erklärten sich die Unternehmer bereit, unter Erhöhung der bestehenden Löhne das Kollektivabkommen zu verbessern. Am 22. Juni lebte indes eine Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter es grundsätzlich ab, ein neues Kollektivabkommen einzugehen. Vielmehr wurden neue Lohnforderungen aufgestellt, die für gelernte Arbeiter 3,50 Mk., für angelernte 3,30 Mk.

und für ungelernete 3 Mk. die Stunde vorstehen. Frauen sollten 75 Proz. des Männerlohns, Jungenkinder bis zu 16 Jahren 1,20 bis 1,50 Mk., solche von 16 bis 18 Jahren 1,50 Mk. und 2 Mk. erhalten. Am 8. Juli wurde erstmalig mit den Metallindustriellen über die neuen Forderungen verhandelt. Ehe es zu zentralen Verhandlungen kam, brach ein neuer Konflikt im Siemenswerk aus. Wegen Aufrufs zum Massenstreik wurden 42 Vertrauensleute gemahnt. Nach fünfzigem Streik wurde der Konflikt durch Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß beigelegt. Dann wurden die Verhandlungen über die aufgestellten Lohnforderungen weitergeführt; sie erreichten am 13. August ihr Ende. Es wurde am 21. August vom Reichsarbeitsamt ein Schiedsspruch gefällt, der unter Ablehnung der von den Unternehmern verlangten acht Lohnklassen nur fünf Lohngruppen vorhat mit Stundenlöhnen von 3 Mk. in der ersten und 2,40 Mk. in der fünften Gruppe. Dazu kamen noch drei Zuschläge von je 10 Pf. für sämtliche Gruppen. In dem Schiedsspruch war außerdem die Bestimmung festgelegt, daß bisher bestehende bessere Löhne nicht verschlechtert werden dürfen und von dem Abbau der Spitzenlöhne zur Zeit abzusehen sei. Die Inanspruchnahme aus Ruder gelangte, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes lebende Berliner Organisationsleitung lehnte den Schiedsspruch ab, da „der vorgeschlagene Einstellungslohn eine Verschlechterung gegenüber der jetzt vorhandenen Entlohnung bedeutet“. Daraufhin wurden vom Reichsarbeitsminister Schlichte weitere Verhandlungen angebahnt, und bereits am 21. August wurde ein neuer, noch einige weitere Verbesserungen bringender Schiedsspruch gefällt, der auf Wunsch der Arbeiter auch auf die weiblichen und jugendlichen Arbeiter der Metallindustrie ausgedehnt wurde. Beide Parteien erklärten diesen Schiedsspruch für bindend. Bis zum 5. September sollte die Eingruppierung in die fünf Lohnklassen erfolgen. In den Verhandlungen darüber kam es wiederum zum Konflikt, weil nach der Bebauung der Organisationsleitung die Löhne bei der Eingruppierung bedeutend herabgedrückt sein sollten. Die wiederholten Erklärungen der Unternehmer, daß sie entsprechend dem Schiedsspruch vom 21. August durchaus nicht die Absicht hätten, bestehende Löhne herabzusetzen, vermochten die Organisationsleitung von ihrem Standpunkte nicht abzurufen, und der offene Konflikt war gegeben.

Nachdem ein den Unternehmern gefälliges Minimum ergebnislos geblieben war, wurde der Streik zunächst bei sieben Firmen begonnen und nahm dann immer größere Ausdehnung an. Am 12. Oktober propagierte die Streikleitung den sofortigen Generalstreik der Maschinen- und Holzger, welchem Verlangen von diesen auf heftiges Einreden der Streikleitung entsprochen wurde. Trotzdem der Vertreter der genannten Berufsgruppe die Durchführbarkeit bezweifelte, kam es zum Sympathiestreik, in dessen Verlauf der Versuch gemacht wurde, auch die lebenswichtigen Betriebe lahmzulegen. Unter diesem Druck erklärten die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen. Am 4. November war die Eingruppierung der einzelnen Branchen in die festgelegten Lohnstufen beendet.

Wer den Verlauf des Berliner Metallarbeiterstreiks, soweit es sich um die Sicherung der materiellen Forderungen der Arbeiterchaft handelte, objektiv betrachtet, der wird zugeben müssen, daß es gelang, alle beschrifteten Ansprüche der Unternehmer gegen die jetzigen Metallarbeiter restlos abzumehren. Nicht ohne die Mithilfe des Reichsarbeitsministers Schlichte, der seine ehemaligen Verhandlungskollegen vor Niederlagen bewahren wollte. Um so verurteilenswerter ist es, daß von den anarcho-syndikalistischen Drahtziehern, nachdem das eigentliche Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes erreicht worden war, von neuem dazu übergegangen wurde, dem Massenstreik als Universalkampfsmittel der Arbeiterchaft auf jeden Fall zur Anerkennung zu verhelfen. Auf diese Tatsache muß besonders hingewiesen werden, um den geradezu freudlos heraufbeschworenen, im Interesse der gesamten Arbeiterchaft beklagenswerten unglücklichen Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks richtig würdigen zu können. Wohl verachten zwei der neuen Männer, auch von Müller, die an Stelle der alten „Gewerkschaftsböden“ mit ihrer „reformistischen Politik“ für die Annahme der „revolutionären Kampfakt“ herzlich eingetreten waren, in letzter Stunde noch vom Generalstreik abzuwehren, aber die Götter, die sie gerufen, vermochten sie nicht mehr zu bannen. Es zeigte sich, daß die einmal radikalsten Massen ihre radikalen Führer immer weiter vorziehen, so daß diese in schnellstem Tempo die höchste Ebene hinunterstürzen. Vorgebildet wies Müller, der jetzige Schriftleiter der „Metallarbeiterzeitung“, darauf hin, daß es, nachdem die Arbeiterchaft völlig abgekämpft sei, nur Demagogie fertig brächen, sich für den Generalstreik einzusetzen. „Zeit bracht ab, Gewiß wird ein Teil der Arbeiter und Arbeiterkräfte draußen liegen bleiben, aber wir können den Kampf nicht mehr steigern.“ Fürwahr ein magerer Trost für die wochenlang aufgeschichteten Arbeiter, die sich nunmehr in heißer Welle gegen die „Miesmacher“ wandten und dabei u. a. erklärten, die Metallarbeiter hätten zusammen gekämpft und wenn es nicht anders sein sollte, wollten sie auch zusammen untergehen. Dummig als namhafter Führer der Unabhängigen ver-

sprach unbeschränkte Unterstützung durch die Arbeiterkräfte, und Besmann vom Vollzugsausschuß erklärte: „Wir machen den Generalstreik mit oder ohne Gewerkschaft!“ Am 3. November wurde denn auch von der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter unter Ablehnung eines Einigungsantrags des Reichsarbeitsministers Schlichte über die Arbeitsaufnahme der Generalstreik mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Zur Begründung wurde angeführt, die Metallindustriellen wollten die nach Ausbruch der Revolution von der Arbeiterchaft erworbenen Rechte beseitigen und die Organisation der Arbeiter zerstören. Diese irreführende Darstellung widerlegt am besten die Tatsache, daß in einer von den zentralen und örtlichen Parteileitungen der USG und der SPD. durchgeführten Vereinbarung die Rechte der Arbeitervertretungen nach Aufnahme der Arbeit aufs bestimmteste gesichert worden waren.

Grundlos und leichtfertiger als es geschah, konnte der Generalstreik wahrhaftig nicht inszeniert werden. Die Personale der Straßenbahn und der Hochbahn waren ebensowenig für den Generalstreik zu haben wie die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke. Auch die Maschinen- und Holzger waren nach ihrem erst vor einer Woche beendigten Sympathiestreik für die Metallarbeiter zum abermaligen Verlassen der Betriebe nicht zu bewegen. Ihre Vertreter gaben in der Sitzung der Gewerkschaftskommission am 5. November dem unverdrossen Ausdruck und stimmten (obwohl sie überwiegend der USG angehörten) geschlossen gegen den Generalstreik. Das gleiche taten die Eisenbahner, da sie ihre Betriebe als lebenswichtig ansehen und ihren Mitglidern nicht zuzumuten wollten, der zu erwartenden zweiten Hälfte der Wirtschaftsbeihilfe von 500 Mk. verlustig zu gehen. Auch in andern Arbeiterkreisen machte sich ein härteres Ruberbedürfnis geltend. Selbst die finanzielle Unterstützungsbereitschaft wurde durch die Ermüdung vermindert, daß die Berliner Metallarbeiter vor Beginn ihres Streiks eine Erhöhung ihrer Beiträge abgelehnt und während des Streiks trotz ihrer guten Konjunktur verstimmt hatten, ihre Kasse aufzufüllen.

Nach all diesen Ermüdungen lehnte der Gewerkschaftsausschuß, in dem ebenfalls die Unabhängigen das Übergewicht haben, mit 6 gegen 5 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Generalstreik als auschütlos ab. Die Gewerkschaftskommission entschied ebenso mit 66 gegen 66 Stimmen nach sachlicher Prüfung der Lage und der Erfolgsmöglichkeiten des Kampfes.

Damit war dem Generalstreik das Todesurteil gesprochen, ehe er zur Tatfache wurde. So überfällig und planlos wie die Bewegung der Berliner Metallarbeiter begann, so unglücklich endete sie auch. Aber die raube Wirklichkeit hilft eben selbst die revolutionärste Kampfakt nicht hinweg. Wie stets bei beratlichen Verschlüssen wurde sofort nach einem Prügelansehen gesucht. Die Reichssozialisten wie sogar die Gewerkschaftsführer der USG, mit Einschluß der „Freiheit“ wurden als Verräter und Schurken beschimpft, weil sie es ablehnten, sich der Generalstreikhe anzuschließen. Die Schuld an dem totalen Mißerfolge der Metallarbeiterbewegung liegt natürlich ganz wo anders. In erster Linie bei denjenigen Personen, deren Pflicht und Schuldigkeit es gewesen wäre, vor dem Eintritt in eine so folgenschwere Bewegung genau zu erwägen, ob die Situation einigermaßen dazu angetan war, um den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können und ob alle organisatorischen Vorbereitungen erfüllt waren. Wie es in letzter Beziehung bei den Berliner Metallarbeitern bestellt ist, darüber befehlt uns der Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission über das Jahr 1913. Daraus ist zu erleben, daß die Berliner Metallarbeiter bei 97 873 Mitglidern nicht weniger als 99 200 Eintritte in den Verband zu verzeichnen hatten, also eine Fluktuation von 102 Proz.! Kann man unter solchen Umständen von gewerkschaftlich disziplinierten Truppen reden?

Der reichlich schwächliche Streik hat nicht nur die gewerkschaftliche Widerstandskraft der Arbeiter stark geschädigt, sondern auch das Vertrauen zur Organisation erschüttert. Etwa 20 Millionen vom Verbandsvermögen sind nutzlos verpulvert, und der Lohnausfall dürfte mit 85 Millionen nicht zu hoch beziffert sein. Durch Abstimmung in den Betrieben wurde die Weberaufnahme der Arbeit befohlen. Wie viele selber auf der Straße blieben werden, läßt sich zur Zeit nicht sagen. Nur so viel steht fest, daß die gesamte arbeiterfeindliche Presse triumphiert, und der Generalstreik des Deutschen Arbeiterbundes Götter konnte vor kurzem auf einer Tagung der Deutschen Volkspartei in Leipzig mit großer Beifriedung darauf hinweisen, daß der Freideutsche Arbeiterbund, wie die Berliner „Wirtschaftsriedliche“ Organisation jetzt firmiert, durch den Streik starken Zuwachs erhalten hat und weiter erblickt.

Wie bedenklich die in Berlin zur Anwendung gelangte total verfehlte Taktik auch auf unabhängiger Seite beurteilt wird, beweist folgendes erste Wort der Besinnung, das der „Kampf“, das Münchener Organ der USG, an die Parteigenossen richtete: Es ist kein Zufall, daß gerade in den Unabhängigen, die Saale auf dem Sterbepflege lag, von der sogenannten Führungskommission, dem überholten Vollzugsausschuß, der

Berliner UGP, und natürlich auch den anarcho-syndikalistischen Kommunisten der tolle und jeder Einsicht berge Versuch unternommen wurde, den nimmer schon Wochen währenden Berliner Metallarbeiterstreik in einen politischen Generallstreik zu verwandeln. Wenn es auch, und zwar nur zum Teil, unrichtig ist, diesen bornierten Versuch mit dem Gedanken der russischen Novemberrevolution in Zusammenhang zu bringen, so ist doch die Idee dieses Versuchs, auch unter Berücksichtigung seiner eigentlichen Ursachenklärung der Delegiertenrechte — eine derartige Verkennung der objektiven und subjektiven Bedingungen eines solchen Streiks, daß es Zeit wird, über die Taktik der Berliner Genossen ein Wort zu reden, wenn nicht die ganze UGP, um Gespött der Welt werden soll; gerade in dem Augenblicke, da Saates führende Hand half geworden ist. Wir sagen es deutlich: Daß die Doktrinäre vom sogenannten vollen Wollgangrat in Berlin bis in die letzten Tage nicht freiwillig ihre tragikomische Wirklichkeit beendeten, und daß die Berliner UGP, sich bei jeder politischen Dummheit und Kinderrei von den anarcho-syndikalistischen Kommunisten ins Schleppland nehmen läßt, ist eine Schande für die Partei und ein für die Dauer unumgänglicher Zustand. Diese Kritik ist objektiv auch von unseren Genossen der Berliner Gewerkschaftskommission, selbst von Richard Müller, mit vollem Recht, an dieser doktrinären und verbohrteten Taktik geübt worden. Wenn unsere Partei nicht ihren Kredit im politischen Leben verlieren will, muß sie deutlich und rücksichtslos von ihr abzurücken!

Wenn die „Freiheit“ von einer objektiven, in den Dingen selbst liegenden Schuld spricht, so heißt das doch eine Blamage bemänteln, die einfach darin liegt, daß gewisse unbeherrschbare Doktrinäre keinen Blick für die Dinge, wie sie sind, besitzen. Daß diese Leute noch länger den politischen Kurs unserer Partei bestimmen sollen, geht nicht länger an. Wir müssen uns endlich einmal Rechenschaft ablegen von den objektiven Vorgängen der Welt und unsere politischen Methoden danach einrichten. Wenn wir nicht rechtzeitig die ökonomische Natur dieser objektiven Vorgänge erkennen, werden wir noch mehr solcher Blamagen erleben und der Fluch der Lächerlichkeit wird uns in den Augen der Massen fügen.

Das ist gewiß klug und erbauend gesprochen, aber verhältnismäßig wenige nur werden einer besseren Einsicht fähig sein. Ein Beispiel dafür lieferte die Vollversammlung der Grob-Berliner Arbeiterräte am 13. November, die sich mit den Vorgängen anlässlich des Metallarbeiterkampfes beschäftigte. Anstatt einzuleben, wobei radikale Prosaologie und großsprecherisches Draufgängerium führen, ging man dort aus Gange, indem beschlossen wurde, die Gewerkschaften vollständig zu schließen und überhaupt nicht mehr als Kampforientationen anzuerkennen. Die Fraktionen der UGP, und der SPD, schlugen gemeinsam folgende Resolution vor, die einstimmig Annahme fand:

Die Niederlage des Grob-Berliner Proletariats, zurückzuführen auf das Verlangen der gewerkschaftlichen Instanzen der Arbeiterchaft, gibt dem Proletariat die klare Lehre, daß nur Kräfte mit übereinstimmender revolutionärer Willensrichtung zu einem revolutionären Kampfe gemeinschaftlich zusammengeschlossen, werden können.

Die Organisierung und Führung der entscheidenden Kämpfe des Proletariats gegen das Kapital muß erfolgen durch — auf jederseitigen Rückruf — gewählte Funktionäre der proletarischen Revolution. Die Organistatut dieser Kämpfe kann nur auf der Grundlage der Betriebe geschehen. In dieser Form ist das Proletariat aufzusuchen zu einheitlichen Kampfformationen, deren Aufbau sofort und umfassend über das ganze Wirtschaftsgebiet Deutschlands zu geschehen hat.

Das Ringen der Arbeiterklasse um den Sozialismus muß erfolgen unter der Parole: Alle Macht den Räten, deren Fundament diese revolutionären Kampfformationen bilden müssen.

Aus diesem Grund erklärt die Vollversammlung, daß im Rahmen dieser Kampforganisation um das reine Rätekönig kein Platz mehr ist. Für Organistatuten des Proletariats, die nicht Mittel und Ausdruck des reinen Rätekönigs sind, sondern an den allen und unwirksam gemordeten Formen des proletarischen Klassenkampfes festhalten.

Dieses Experiment, das einem letzten Aufstehen vor dem vollständigen Zusammenbrüche gleichkäme, erschien selbst Dr. Geyer von der „Leipziger Volkszeitung“ zu gewagt. Er bezeichnete die Resolution der Berliner Arbeiterräte als einen „in der Höhe des Verkehrs“ gefassten Beschluß, der schweigend revidiert werden müsse.

Die unzeitige parteipolitische Zerstückelung der deutschen Arbeiterchaft wird der Arbeiterbewegung wohl noch manchen schweren Stein in den Entwicklungsweg wälzen. Die Dinge liegen heute in beiden sozialdemokratischen Parteien so, daß nur diejenigen bei der Mehrheit ihrer speziellen Parteigenossen als gleichwertig und zuverlässig gelten, die als unabhängige anarcho-syndikalistischen Anschauungen huldigen oder die als Rechtssozialisten regierungstreu um jeden Preis sind. Nur solche Genossen, die sich an der Peripherie ihrer Parteien bewegen, d. h. auf dem äußersten Linken oder auf dem äußersten rechten Flügel stehen, haben noch vollen Kurswert und die nötigen Chancen bei der Masse. Vertreter des goldenen Mittelweges, des Parteiprogramms als Grundlage der Demokratie, auf dem allein eine Einigung der Arbeiterchaft möglich wäre, predigen vorläufig noch tauben Ohren. Man denke nur an Kautsky, Ströbel, Hilferding, Bernheim usw.

Wie der Verlauf des Berliner Metallarbeiterstreiks bewies, sollten auch die Gewerkschaften in den Strudel der Parteileidenchaften hineingezogen und von ihrem bisher verlosenen Wege praktischer Wirksamkeit, auf dem es kein Links und kein Rechts, sondern bloß ein Geradeaus gibt, abgedrängt werden. Mit genauer Not gelang es, das zu vermeiden. Ob es auf die Dauer möglich sein wird, das Hineinragen parteipolitischen Tendenzen in die Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, das hängt davon ab, ob die denkenden Arbeiter in ihrem ureigenen Interesse gewillt sind, jeden Fanatismus mit Entschiedenheit abzumellen, der sich zwischen sie und ihre Gewerkschaften zu drängen versucht.

Im ersten Augenblicke beginnender Einsicht fehlt es nicht. Den Nürnberg Metallarbeitern, bei denen ein völliger Sinnungsumschwung zugunsten der alten Gewerkschaftstaktik eintrat, sind jetzt die Berliner Metallarbeiter der kürzlich genannten Branche gefolgt. Sie wählten den langjährigen ersten Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes Wolf Cohen mit 196 gegen 171 Stimmen in die Branchen- und Verhandlungskommission, um dessen praktische Erfahrungen für sich nutzbar zu machen. Das ist ein Richtschild dafür, daß aus der Bewegung der Berliner Metallarbeiter die richtigen Lehren gezogen werden. Ein anderer, noch weit bedeutungsvollerer Richtschild dafür aber liegt in der zum Nachdenken sehr anregenden Tatsache, daß die neue Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in ihrer großen Mehrheit bekanntlich aus Unabhängigen der schärfsten Artari besteht, von der vielgepriesenen revolutionären Gewerkschaftstaktik in aller Form abrückt! In einem an die Vorstände der Ortsgruppen des Verbandes gerichteten Rundschreiben wendet sich jetzt die Verbandsleitung gegen die willkürlichen Streiks. Die Streiks hätten Millionen Verschulungen und an die Verbandsstellen außerordentliche Anforderungen gestellt. Besonders der Berliner Streik habe so erhebliche Geldmittel erfordert, daß es an der Zeit sei, von der Waffe des Streiks sparsam Gebrauch zu machen. Es müsse einmal gelagt werden, daß die Verbandsinstanzen von den Mitgliedern und Leitungen der einzelnen Stellen verlangen müßten, daß sie alles daransetzen, Lohnbewegungen auf dem Vertragswege zum Ziele zu bringen. Für die Lohnbewegungen werden sodann bestimmte Grundätze aufgestellt. Vor allem sollen alle Einigungsmaßnahmen erschöpft werden. Ist eine Einigung nicht zu erzielen und wird der Streik beschlossen, so hat sich die Organisation an den Hauptvorstand um die Genehmigung zur Arbeitsniederlegung zu wenden. Wird das unterlassen, so ist das gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Streikunterstützung. Die allgemeine Lage und die finanzielle des Verbandes im besonderen legen den Mitgliedern die Pflicht auf, von unerfüllbaren Forderungen abzulehnen. Als solche werden besonders aufgeführt die Abschaffung der Akkordarbeit und Einzelvorgaben zur Durchsetzung außerordentlicher Beihilfen. Es lebe die gewonnene bessere Einsicht und — die alte bewährte Taktik, die unsere Gewerkschaften groß und stark gemacht hat!

## Die Spekulation auf die „vernünftige Einsicht“

Die Kollegen Dreher und Schaeffer veröffentlichen in Nr. 132 des „Storr“ unter der Überschrift „Sozialverräter oder Pioniere der Arbeiterchaft“ eine längere Polemik gegen die von mir in der Leipziger Gaunmilchleber-Vollversammlung vom 7. November vorgelegte und von der Versammlung angenommene Erklärung. Der Verfassung vom 7. November, in der ich über die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Rätekönigs sprach, ging eine andre Verfassung voraus, in welcher der Kollege Schaeffer die Sozialisierung des Buchgewerbes behandelte. Die Resolution Dreher-Schaeffer ist als der Ertrag der Schaefferischen Auffassung über die Sozialisierung anzuspüren. Zwischen dem Schaefferischen Plan und dem von mir vorgebrachten, bestehen grundsätzliche Gegensätze, die sich kurz zusammenfassen lassen als der Gegensatz zwischen utopischem Reformismus und revolutionärem Sozialismus.

Was verlangt die Schaefferische Resolution? Im Punkt 1: „Der Hauptvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird beauftragt, zwecks Beratung gemeinsamer Maßnahmen zur Umwandlung der gesamten graphischen Produktion und Ertragsverteilung in eine sozialistische Berufsgemeinschaft auf der Grundlage eines einheitlichen Berufs- und Betriebsrätekönigs mit den Hauptvorständen aller übrigen graphischen Organisationen in Verbindung zu treten.“ Aber den dabei einzuschlagenden Weg schweigen die Verfasser. Sie vertrauen der Klugheit und dem guten Willen der Hauptvorstände, die diesen Weg schon finden werden. Wie stellen sich die Verfasser überhaupt die Umwandlung der graphischen Produktion und Ertragsverteilung in eine sozialistische Berufsgemeinschaft vor? Hier ist ein Bakuim in der Schaefferischen Theorie. Erstens läßt sich ein einzelner Beruf nicht losgelöst aus der übrigen Produktion sozialisieren und zweitens setzt die Umwandlung der Produktion den Besitz der Produktionsmittel voraus bei derjenigen Klasse, die diese Umwandlung durchführen will. Ein Zellangriff auf die Besitzer der graphischen Produktionsmittel ist dem Widerstand der Unternehmer als Klasse aus. Deshalb ist der Kampf der Arbeiter letzten Endes immer wieder ein politischer Kampf. Die Produktionsmittel können nicht berufsweltweise von einzelnen Arbeiterkategorien in einer „Gemeinschaft der Arbeit“ erworben werden. Der Besitz muß vielmehr

erkannt werden von den Besitzern in ihrer Gesamtheit als Klasse. Deshalb der Klassenkampf des Proletariats. Schaeffer faßt sich angeblich nicht über die Unzulänglichkeit der Arbeitsgemeinschaften und erachtet deshalb die Zeit für gekommen, wo diese Arbeitsgemeinschaften in eine Gemeinschaft der Arbeit auf sozialistischer Grundlage umgewandelt werden müssen. Wenn das letztere mehr sein soll, als ein Spiel mit Worten, so heißt das: in Gemeinschaft, mit den Unternehmern soll die Produktion von der privatkapitalistischen Grundlage auf die sozialistische übertragen werden.

In der Praxis würde dann der gegebene Ort für die gemeinschaftliche Umwandlung der Produktion das Parlament sein. Die Gewerkschaften würden in den Sitzungen ein Präsens Haltparier mit Mahuda tauschen und den Prinzipalvertretern gültig aureden; „Seute leid mal hüßlich geseit. Wir wollen ja hoch euer Belfes. Seut' wird halt a bissel sozialist'ert. Sacht nur keine Angst, 's tut nicht weh!“ Und wenn die Arbeiterdelegierten mit Engelszungen reden, wenn jeder von ihnen ein Cicero wäre und zehn Semester in Nobilität und Sophisterei studiert hätte: nie und nimmer würde sich bei den Unternehmern die „vernünftige Einsicht“ Bahn brechen, daß ein magerer Vergleich besser ist als ein fetter Trost, d. h. daß sie zur rechten Zeit, kampflösiger arbeitsloses Dasein aufstehen sollen, um sich selbst als bestehende Klasse präzisieren. Dieser Appell an die vernünftige Einsicht ist eine Rückkehr zu normaristischem Utopien, ein Anachronismus, die Verlegung der Erfahrungen jahrzehntelanger gemeinschaftlicher und politischer Kämpfe. Wer in einer revolutionären Epoche wie der gegenwärtigen, wo die Entscheidungsschlachten zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden, sich zum Führer auktul und der Arbeiterklasse Methoden empfiehlt, die zufolge jahrzehntelanger praktischer Erfahrungen sich als falsch und gefährlich erwiesen haben, der wird allerdings zum Sozialverräter, denn er verläßt die Arbeiter gerade in dem Augenblicke, da die Erreichung der ersten Ziele nur noch klarer, und willensstärker Handlungen bedarf. Es genügt in solchen Zeiten nicht, diese Methoden abzuwehren; sie müssen vielmehr auf das rücksichtslose bekämpft werden. Auch sind diese Methoden und ihre Vertreter deshalb nicht sozialistisch, weil sie sich selbst als sozialistisch bezeichnen. Die politischen Schieber haben bekanntlich nach der Revolution den Wertfall des Wortes Sozialismus mehr entwertet, wie die Kapitalverleger die deutsche Wäuta.

Was fordert meine Erklärung? Sie fordert, ausgehend vom Erklärer Programm der deutschen Sozialdemokratie, die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Erben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion, Erkennend, daß diese Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion nicht in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum, sondern nur in Gegenwart und zu diesem erreicht werden kann; sage ich weiter mit dem Erklärer Programm: Diese gesellschaftliche Umwandlung (nämlich die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion) kann nur, das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen trotz der Interessenstimmigkeiten unter sich die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist zwar nicht besonders erbeden, diese Binsenwahrheit immer wieder kollegen in führender Stellung wiederholen zu müssen, dafür aber umso notwendiger.

Die erste Voraussetzung für die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht ist deshalb, daß man sich selbst auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellt. Stehen die deutschen Gewerkschaften in ihrer Mehrheit und besonders der Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzerarbeiten auf diesem Boden? Nein! Sie stehen auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft oder der „Gemeinschaft der Arbeit“. Deshalb müssen alle Kollegen, die den Kampf auf sozialistischer Basis führen wollen, die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital fordern und für die Umwandlung der Gewerkschaften aus reformistischen Berufsverbänden in revolutionäre Industrie- und schließlich in sozialistische Produktionsverbände eintreten. Dieser Prozeß ist aber nicht anzuspüren als eine „Zerflümmung“ der bestehenden graphischen Gewerkschaften“. Es bedeutet vielmehr die methodische Anpassung und Umstellung der Gewerkschaften unter die praktischen Bedürfnisse des Sozialismus. Will die Gewerkschaft nicht zum Organisationsfestsch werden, bleibt ihr kein anderer Weg aus der Sackgasse, in die sie durch die Generalkommissionenpolitik hineingetrieben wurde. In diesem Zusammenhang ist auch das von mir in meinem Vortrage nebenher angewandte Beispiel der geologischen Entwicklung zu erklären, daß die Verfasser entweder falsch verstanden oder in ihrem Aufsatze mißbräuchlich angewendet haben.

Ein jeder Gewerkschaftler muß sich daran gewöhnen, daß die Gewerkschaft nicht ein Zwischenglied besitzt. Sie sind Organisationen, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse stehen. Sie müssen deshalb in ihrem Wirken reformistisch sein. Mit der Umwandlung dieser Verbände sollen sich naturgemäß die Aufgaben der Gewerkschaften und damit auch deren bisheriger Daseinszweck. Je eher wir also die Arbeiter mit diesem Problem vertraut machen, um so leichter und reibungsloser wird sich die Umwandlung selbst vollziehen.

Die wohlüberlegte Annahme meiner Erklärung — sie wurde den Teilnehmern an letzter Versammlung bereits



vor Beginn der Versammlung vorgelegt — weiß nicht in „nebelhafte Zukunft“. Sie bedeutet vielmehr die sofortige Aufnahme des Kampfes durch die Leipziger Kollegenchaft gegen alle reformsozialistischen Tendenzen und die Rückkehr in die Reihen der übrigen kämpfenden Massen. Die Leipziger Kollegen haben damit erklärt, daß sie nicht mehr Schwärmer sind, sondern Kämpfer sein wollen im Kampfe der Arbeiter. Diesem souveränen Willen der Gesamtheit haben sich auch die gewählten Führer untergeordnet. Können sie das aus irgendeinem Grunde nicht, dann erfordert es die proletarische Kampfpolitik, daß sie sich wieder einteilen in die Schaar der Massen.

Der zweite Punkt der Schaefferischen Resolution deutet sich inhaltlich mit dem Vorschlag des Gewerkschafts und eines „andern eingehender Antrags“ und war somit an sich erledigt. Der dritte Punkt stellt ebenfalls nichts Neues dar, sondern ist schon mehr als einmal seinem Inhalte nach in Arbeitslosenverhandlungen und an anderer Stelle zur Durchföhrung vorgelegt worden. Diese Konkurrenzpolitik, die den einzuliegenden Kollegen auf 60 Mark schätzt, ist gar zu durchsichtig. Man merkt die Absicht — wird aber nicht etwa verstimmt, sondern haßt kurz entschlossen dem Suche den Schwanz ab. Diese Operation mag für den Beteiligten schmerzhaft sein, aber im Interesse der Arbeiterklasse notwendig. Das „Spielen mit den Interessen der Kollegenchaft“ und den „parteilich-politischen Sympathien“ schenke ich dem Verfallern. Es lohnt sich nicht mehr, auf diese alten Leinwandstücke aus der Kämpfkammer des altheutschen politischen Sprachschates einzugehen. Ich habe im Gegenteil die seltsame Furcht, daß die Buchdrucker, wenn sie sich erst einmal losgerißt haben aus der parteidoktrinären Verblendung, die ihnen sein werden im praktischen Kampfe um die Räte.

Leipzig. Paul Böttcher.

## Revolutionärer Sozialismus

Eingangs seiner vorstehenden Spekulation auf die „vernünftige Einsicht“ bewertete Kollege Böttcher das, was er nicht versteht, als „utopischen Reformismus“, während alles, was nicht er versteht, revolutionärer Sozialismus sein soll. Daß aber jede Utopie-allein-Reformismus ausschließt, und umgekehrt jeglicher Reformismus sich zu einer Utopie verhält wie Feuer zu Wasser, ist kennzeichnend von vornherein die Mangelhaftigkeit Kollege Böttchers Schlagwortpolitik. Und was es mit seinem revolutionären Sozialismus auf sich hat, sei durch nachfolgende Kritik dem Urteile der vernünftigen Einsicht der Kollegenchaft anheimgestellt.

Für den Kollegen Böttcher ist es eine unbegreifliche Vertrauensstellung, wenn durch die bekannte Dreher-Schaefferische Resolution (Nr. 132) unterm Verbandsvorstand durch eine möglichst einseitige Willenshinderung aller Verbandsmitglieder ein Mandat erteilt werden soll, wonach er berechtigt und verpflichtet wird, sofortige Schritte zur Beratung gemehrer Maßnahmen zur Umwandlung der gesamten graphischen Produktion und Ertragsverteilung in eine „Berufsgemeinschaft“ auf sozialistischer Grundlage mit den Hauptvorständen aller übrigen graphischen Organisationen zu unternehmen. Das Verständnis für ein solches Vertrauen scheitert bei dem Kollegen Böttcher zweifellos an seiner Sympathie für die unbeschränkte Diktatur einer Minderheit. Diese verleiht ihm zu der Annahme, daß auch in den Hauptvorständen der Gewerkschaften nur Diktatoren sitzen, die auf jede Willenshinderung ihrer Mitglieder bestehen. Für Diktaturverhältnisse hat eine solche Auffassung eine durchaus psychologische Erklärung; denn bekanntlich sucht man niemand hinter einem Dfen, hinter dem man nicht selbst kriechen möchte. Wer aber auf dem Standpunkt einer nicht nur formellen, sondern tatsächlichen Gleichberechtigung der Menschen steht, der lehnt solche Diktatorregeln ab und muß sie am allermeisten solchen Personen zu, deren Amt es ist, die Interessen ihrer Wähler zu vertreten; besonders dann nicht, wenn man die betreffenden Wähler dieser Personen nicht lediglich als Abstimmungsautomaten, sondern als denkende Menschen beurteilt. Und weil die unterzeichneten Arbeiter der vom Kollegen Böttcher so wegwerfend behandelten Resolution die vernünftige Einsicht der Kollegenchaft tatsächlich höher schätzen als Kollege Böttcher, bewerten sie auch deren Urteilskraft nicht geringer als ihre Willenskraft; daher vertrauen sie auch der Rätewahl und dem guten Willen der Kollegen in unsem Verbandsvorstande weit mehr als der „revolutionäre Sozialist“ Paul Böttcher.

Aus diesen moralischen und logischen Gründen verzichtet auch die Resolution Dreher-Schaeffer von vornherein darauf, dem Verbandsvorstande die Rolle eines Automaten zuzumuten. Weder unser Verbandsvorstand, noch die Hauptvorstände der übrigen graphischen Organisationen sind logenannte Volkshandwuchselmer, sondern Männer, die auf Grund ihrer genauen Kenntnis der beruflichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur den besten und sichersten Weg suchen werden, der zu dem Ziele führen kann, das ihnen durch die gebachte Willenshinderung der Mitglieder angedeutet worden wäre. Die „revolutionäre-sozialistische“ Erklärung (Nr. 132) des Kollegen Böttcher richtet sich nicht an den Hauptvorstand, sondern gegen ihn. Er braucht also dafür auch keinen Finger zu röhren. Die Resolution Dreher-Schaeffer hätte für ihn eine weit ernstere Bedeutung; starkes Vertrauen, aber auch dementsprechende schwere Arbeit. Die Böttcherische Räte-Aktion hat ihn von letzterer vorläufig verschont; er hat noch kein Mandat dazu, das ihn zu einer so ernsten und einschneidenden Mission berechtigen würde.

Kollege Böttcher vermißt des Weiteren in der Resolution Dreher-Schaeffer nähere Angaben über den Weg im einzelnen, der zu der gedachten sozialistischen Berufsgemeinschaft führen soll. Für einen Buchdrucker-Aufklärer, wie Kollege Böttcher zweifellos einer sein will, bedeutet das ein sehr bezeichnendes Eingeständnis seiner Unwissenheit über Dinge, die schon seit einem halben Jahr in Kollegenkreisen in Wort und Schrift sehr reichlich behandelt wurden. Nur für den Kollegen Böttcher ist diese Frage noch ein Buch mit sieben Siegeln. Was hindert ihn aber nicht, in seiner vorliegenden „Spekulation auf die vernünftige Einsicht“ eine ganze Spalte Andererem gegen diese ihm unbekannt Sache zu schreiben. Damit er sich davon überzeugen kann, wie sehr er sich in dieser Hinsicht verhaspelt hat, ist ihm das Studium der Memmingerschen Kritik des „Problems einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe“ in den Nr. 28 und 29 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ empfohlen. Wir glauben kaum, daß es ihm ein Trost sein wird, wenn er aus dieser Kritik erkennen muß, wie stark er mit einem sehr impudischen Verteidiger der privatkapitalistischen Wirtschaftsform an einem Strange steht. Aber auch sonst wäre festzustellen, daß Kollege Böttcher mit seiner Ablehnung jeder Berufssozialisierung sich im Bunde mit andern privatkapitalistischen Gegnern jeder Sozialisierung befindet. Wir kennen eine ganze Reihe von Schriftstücken aus diesen Kreisen, die eine Sozialisierung nur dann für „möglich“ halten, wenn alle Produktionszweige gleichseitig in allen „Kulturstaaten“ sozialisiert würden. Sie wie Böttcher verweisen dabei ganz, daß jeder Industrie- oder Berufszweig, jeder, sozusagen von Natur aus, eine gewisse wirtschaftliche und technische Abgeschlossenheit oder Abgrenzung gegenüber andern Industrien oder Berufen darstellt, daß sie gewissermaßen nur an ihrer Peripherie mit den übrigen Berufszweigen in Berührung kommen, sei es durch Produktionsmittel- oder Rohstoffbezug, Auftragsannahme oder „Ablieferung“. Daß solche Abgrenzungen des Produktionsprozesses auch in einer sozialisierten Produktionsgemeinschaft, wenn auch innerlich auf freierer Grundlage praktisch und notwendig sein werden, dürfte schließlich auch Kollege Böttcher nicht bestreiten, wenn er nicht nur theoretisch an der Oberfläche der Sozialisierung herumplätschern will, sondern etwas tiefer in die technische und organisatorische Praxis des Produktionsprozesses zu schauen vermag. Daß aber das doktrinaire Festklammern an einer allgemeinen Sozialisierung der deutschen, europäischen oder unverselien Güterproduktion die Lösung des Problems überhaupt unmöglich macht, das ist in Wirklichkeit der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Böttcherischen revolutionären Sozialismus und der praktischen Sozialisierung, die die Unterzeichneten heute schon für möglich halten. Wenn die Arbeiterschaft warten soll, bis die ganze deutsche oder die ganze Weltproduktion sozialisiert werden kann, dann kann sie die Erfüllung ihrer Hoffnung auf eine Befreiung aus dem Fesseln der privatkapitalistischen Profitwirtschaft rubia auf den St. Nimmerleinstag verschieben!

Aber gerade weil die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, muß vor allen Dingen zunächst der Versuch unternommen werden, die schon bestehenden wirtschaftlichen Organisationskräfte der Arbeiterschaft, und das sind die Gewerkschaften, für diese Befreiung in Anspruch zu nehmen. Genau wie auch die vorhandenen technischen und persönlichen Produktionsmittel die Grundlage für die Umgestaltung des Erzeugungs- und Verteilungsprozesses für die Zukunft abgeben müssen. Oder will Kollege Böttcher auch diese zuerst durch „vollständige neue Erlehen“? Das letztere wird er, wohl als Unfönn bezeichnen; warum nicht aber auch die Ausschaltung bzw. Neuerlebung der vorhandenen organisatorischen Strömalanlagen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften? Es ist nur eine sehr dunkle Spekulation auf den „Unverstand der Massen“, wenn behauptet wird, die Gewerkschaften hätten in dieser Frage schon verlost. Das könnte ehrlicher Weise doch erst dann mit Berechtigung gesagt werden, wenn festzustellen wäre, daß irgendeine Gewerkschaft trotz Mehrheitsumgebung ihrer Mitglieder sich dieser Aufgabe entziehen hätte. Für unsern Verband bedeutet die Resolution Dreher-Schaeffer eine dementsprechende erste und erste Anregung. Kollege Böttcher will aber erst neue Verbände schaffen und dann erst aus Werk geben. Was ist wiederum ein weltenslicher Unterschied zwischen dem Böttcherischen „In-die-Ferne-schmeißen“ als logenannter revolutionärer Sozialismus und der praktischen Gegenwartsarbeit, die von den Unterzeichneten vertreten wird.

Die vom Kollegen Böttcher als „Mittelmittel“ gepriesene „politische Aktion“ wird auf wirtschaftlichen Gebiete noch weniger zum Ziele führen als auf politischem. Denn die gewerkschaftliche Aktion hat wenigstens bisher die Arbeiterschaft bis zu einem erheblichen Grade geeinigt, die politische aber hat sie gespalten. Und nun versucht man mittels der politischen Aktion auch noch die „Mitte“ an die Gewerkschaften zu legen und sie — zur Unmacht zu verurteilen! Und leider haben wir ja jetzt schon dank der Böttcherischen und seiner Anhänger Tätigkeit nicht nur eine, sondern zwei Fronten, gegen die sich die Gewerkschaften wehren müssen, und zwar gegen die Unternehmer und gegen die Gewerkschaftsaufpumper oder gewerkschaftsfeindlichen Räteanaliker.

Der zweite Teil der Dreher-Schaefferischen Resolution bedeutet alles andere aber als einen Appell an die vernünftige Einsicht der Unternehmer. Es ist in wenigen Worten ein aus der furchtbaren Not der Zeit geborener Aufruf, der im Ausmaße des geforderten forlaufenden Lohnausgleichs mit den Steuerungsverhältnissen doch nur besagt, was nötig wäre, wenn das Buchdruckgewerbe lebensschaffenden Köpfe und Hände nicht noch, tiefer ins Glendstürzt. Die Prinzipalität wird aber diese

Forderung, wie auch jede geringere, in bekannter sozialer Verantwortlichkeit wieder einfach als unzulänglich bezeichnen! Das kann aber gar nichts daran ändern, daß heute schon amtlid festgestellt ist, daß z. B. im Sollinger Industriebezirk das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im September d. J. wöchentlid 240 Mk. erforderte und die Colnerische Wochenlöhntabelle für den gleichen Monat für Berlin 113,46 Mk. festsetzte, was einen Wochenlohn von 226,82 Mk. ergeben müßte. Demgegenüber steht der zweite Teil der Dreher-Schaefferischen Resolution nur die logische Konsequenz, gleichseitig als Begründung für die Notwendigkeit des ersten Teiles. Im ersten Teile werden die Voraussetzungen gegeben, die für eine höhere Produktivität unter weitgehendster einseitlicher und rationalisier. Verwertung aller technischen Produktionsmittel des Gewerbes wirken können. Und im zweiten Teile werden die materiellen Bedingungen angegeben, auf denen eine freudigere Abgabe der persönlichen Arbeitskräfte vom Arbeiterstandpunkt aus garantiert werden kann. Das ist der praktische und zugleich prinzipielle Sinn: Des ersten wie des zweiten Teiles der Resolution Dreher-Schaeffer; beide Teile sind voneinander abhängig; ergänzen einander und leben sich gegenseitig voraus, und zwar für die Gegenwart wie für die Zukunft.

Aber auch der dritte Teil dieser Resolution, der die sofortige Unterbringung der Arbeitslosen fordert, das eine viel weittragendere Bedeutung, als sie Kollege Böttcher zu erkennen vermag. Für ihn scheint die mehrfache Aufstellung dieser Forderungen in Arbeitslosenverhandlungen oder an anderer Stelle, ihre Erzielung oder Ausbleiben sozusagen zu bedeuten. Für die Unterzeichneten bedeutet sie aber eine sehr ernste, immer noch zu lösende Frage, und zwar aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen. In sozialer Hinsicht soll den in jetziger Zeit doppelt unglücklichen arbeitslosen Kollegen durch die beantragte einseitliche Willensklärung der gesamten Kollegenchaft ein Recht auf Arbeit nicht nur versprochen, sondern auch tatsächlich gewährleistet werden. Auch diese Forderung gehört zu dem Problem, der im ersten Teile geforderten sozialistischen Berufsgemeinschaft, von deren inneren Aufbau Kollege Böttcher, wie schon erwähnt, gar keine Ahnung hat. Aus wirtschaftlichen Gründen soll mit dem kapitalistischen Wärg ausgeräumt werden, daß in einer Zeit, wo nur noch Arbeit aus-reissen kann, noch über tausend Buchdrucker in Deutschland zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein sollen, neben dem eigenen feindlichen Laften, dem Verlust ihrer möglichen Arbeitsleistung, dem Staat und den gewerblichen Organisations- noch besonders hohe unproduktive Kosten erwachen. In dieser Forderung und ihrer Durchföhrung liegt mehr revolutionärer Sozialismus als in dem ganzen Böttcherischen Räteartikel.

Die einseitige Konkurrenzpolitik, die Kollege Böttcher fast hinter jeder Zeile der Resolution Dreher-Schaeffer wirft, ist dabei nur ein Phantom seiner „revolutionären“ Einbildungskraft. Der Mangel jeder marxistischen Dialektik läßt ihn „vollständig übersehen“, daß alle Teile der seiner Erklärung gegenübergestellten Resolution nur eine strenge logische Verbindung von Ursachen und Wirkungen des logischen Kampfes um die Ziele innerhalb unster Kollegenchaft darstellen. Wir erörtern die unbedingt erforderliche Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform im Buchdruckgewerbe in eine sozialistische auf induktivem Wege, d. h. von unten heraus; aber von innen heraus. Böttcher will dieses Ziel auf deduktivem Wege, d. h. von außen her oder von oben herab, erreichen. Wir folgen dem Beispiel der kleinen Staaten und Wälder, die, ohne alle Wirtschaftszweige der Welt innerhalb ihres Bereiches zu haben, meist kulturell wie wirtschaftlich besser und freier gestellt sind als die großen Staaten. Ihm (Böttcher) schwebt Ruhland vor, und uns, bildlich gesprochen, das Beispiel der freien Schweiz um. Wir wollen das Problem der Sozialisierung nach Möglichkeit aus eigener Kraft auf beruflicher Grundlage in der Richtung einer sozialistischen Berufsgemeinschaft erstreben, die weder von politischen noch sozialen, sondern lediglich von technischen Grenzen abhängig zu sein braucht. Die außerordentlich straffe Organisationsgliederung der verschiedenen graphischen Berufsgruppen bietet dazu heute schon ein starkes Fundament und Gerüst.

Dazu gehört in erster Linie eine starke Konzentration der vorhandenen Kräfte im eigenen Lager. Die Not der Zeit wird ihr übriges dazu tun, auch jene Kreise zur Einsicht zu bringen, die heute noch glauben, in Zukunft noch im alten Stil weiterzukämpfen zu können. Nicht die Einsicht der Prinzipale oder der Unternehmer im allgemeinen wird dabei in überlegende Berechnung gezogen, sondern die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft des gesamten graphischen Gewerbes. Diese sind für uns heute noch viel blennanter als die Frage dieser oder jener Räteorganisation. Sie erfordern praktische Gegenwartspolitik und keine parteipolitische Zukunftsmusik. Das ist unsere Auffassung von den wahren Worten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Aber wir warnen auch gleichseitig vor einem Spiel mit diesen Worten. Die Böttcherische Schlagwortpolitik und Rätepolitik kann den Buchdruckern wie überhaupt der gesamten Arbeiterschaft keinen Vorteil bringen. Sie bedeutet nur ein Abirren vom praktischen und rationalsten Aufbau einer sozialistischen Arbeits- und Berufspolitik; ein Verirren in wegensfremde Organisationsgebilde, wo sich die Kollegenchaft nie mehr heimlich fühlen wird, weil dann Personen ihre Geschäfte bestimmen werden, mit denen sie weder berufliche Söhne noch geistige Aderelung haben können. Die Betriebsräte werden zwar infolge ihrer jederzeitigen Absehbarkeit kommen und gehen wie in einem Laubenschlag, aber außerhalb der Betriebe wird eine „revolutionäre“ diktatorische Geheimratspolitik in kaleidroskopischen Räteorganisationen eine frühlidhe Auferstehung feiern,



während der Arbeiter in den Werkstätten und an den Maschinen beständig eine Schachfigur sein und heißen wird. Aus diesen Gründen wenden auch wir uns gleich der „Freiheit“ (Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands) mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, die Führung der Gewerkschaftskämpfe und die Entscheidung über sie in die Hände von Organisationen und Körperlichkeiten zu legen, die außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen, mag das nun eine Partei oder Arbeiterorganisation sein. Und deshalb haben auch wir die besten Absichten, dass die Buchdrucker nicht die letzten sein werden, die sich von einer solchen parteidoktrinären Verbindung loslösen und stärker und einflussreicher als je davor mit vereinter Kraft zu sein und zu ernsten suchen, wo sie bisher mit großer Opfern und Mühen gepflügt haben, und zwar im Verband der Deutschen Buchdrucker!

Leipzig. Bruno Dreßler. Karl Schaeffer.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin. (Generalversammlung am 4. November.)** Tagesordnung: 1. Situationsbericht, verbunden mit einer Besprechung über das graphische Statist. 2. Anträge des Gewerkschafts: Vorübergehende Erhöhung des Krankengeldes und Ertragsrücklagen. 3. Verschiedenes. Vorsitzender Maximal schlägt der außerordentlich stark besuchten Versammlung vor, den ersten Punkt der Tagesordnung abzulehnen und dafür die Vorgänge in der Metallindustrie zu besprechen. Dem wird zugestimmt. Kollege Albrecht als Mitglied des Ausschusses der Gewerkschaftskommission berichtet kurz über den Verlauf des Metallarbeiterstreiks und über die Verhandlungen der letzten Tage. Die unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt festgelegte Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit wurde selbst von den Vertretern der Metallarbeiter als geeignet gehalten, ihren Mitglidern die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Von der Generalversammlung der Metallarbeiter wurde dies jedoch abgelehnt und der Generallstreik sämtlicher Berliner Arbeiter gefordert. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat aber den Generallstreik mit Mehrheit abgelehnt. Nun soll am 5. November die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission darüber entscheiden. Es ist deshalb notwendig, heute festzustellen, wie sich die Buchdrucker zu einem eventuellen Generallstreiksbeschluss der Gewerkschaftskommission stellen. Kollege Maximal hält bei der jetzigen Zusammenfassung der Gewerkschaftskommission deren Stellung für nicht zweifellos. Die Situation ist für die Gesamtarbeiterklasse eine äußerst schwere. Die Metallarbeiter hätten sich mit den gemachten Vorschlägen einverstanden erklären sollen. Sie hätten mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Von der Versammlung der Funktionäre der Metallarbeiter, die vielleicht zu bestreiten hatten, auf der Strecke zu bleiben oder nicht wiedergewählt zu werden, war der Beschluss ein großes Wagnis. Man hätte die Streikenden abstimmen lassen müssen. Wir Buchdrucker stehen auf dem Standpunkte, dass wir unsere Lage verbessern müssen und dass die Rechte der Arbeiterklasse nicht veräußert werden dürfen. Diese Rechte müssen aber gleich festgelegt werden. Mit einem Generallstreik im Augenblicke würde die Stellung des Unternehmers nur befestigt werden. Er warnt davor, hier den Generallstreik zu beschließen, der uns die größten Nachschläge bringen würde, und verlangt dafür eine Urabstimmung sämtlicher Mitglieder. In der sehr ausgedehnten und lebhaften Debatte, welche erst durch Schlussantrag beendet wurde, sprachen sich die Kollegen Kalle, Barknecht, Neumann und Nagel für die Beteiligung am Generallstreik und gegen eine Urabstimmung aus, während die Kollegen Wonters, Wurack, Schieffer, Barth, Mustial, Fülle und Albersberg gegen den Generallstreik sprachen und unter allen Umständen eine Urabstimmung der Mitglieder hierüber verlangten. Eine Resolution des Kollegen Kalle, die die Versammlung auf den Generallstreik festlegen wollte, wurde abgelehnt und folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die Generalversammlung spricht den im Stamme um ideale Grundzüge der Arbeiterschaft stehenden Metallarbeitern ihre vollste Sympathie aus. Die Generalversammlung verlangt jedoch, dass über einen eventuellen Generallstreik der Buchdrucker diese durch Urabstimmung entscheiden sollen.“ Diese Urabstimmung sollte am 6. November morgens nach dem Beschluss der Gewerkschaftskommission in den Betrieben stattfinden. Da die Gewerkschaftskommission mit 66 zu 66 Stimmen den Generallstreik abgelehnt hatte, wurde in vielen Betrieben von der Abstimmung Abstand genommen. So sah nur die Hälfte der Mitglieder abstimmen. In 205 Firmen wurden 5653 Stimmen abgegeben, davon waren 1271 für und 4201 gegen den Generallstreik und 181 unglücklich. Den Streikenden Metallarbeitern wurden 10000 Mk. aus der Baukasse bewilligt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung stimmte die Versammlung den Vorschlägen des Gewerkschafts, die vorher von den Bezirksversammlungen angenommen waren, ohne Widerspruch zu. Danach wird der Gesamtzuschuss zum Krankengeld um täglich 75 Pf. erhöht werden. Die 75 Pf. erhalten auch die Mitglieder, welche zum Gesamtzuschuss noch nicht berechtigt sind. Der Gesamtzuschuss für die Invaliden wird um 50 Pf. täglich erhöht. Diese Zuschüsse sollen spätestens bis zum 30. Juni 1920 gewährt werden. Zum 9. November sollte zum Einkommensfest erhalten die Arbeitlosen und Invaliden je 10 Mk. Ertragsrücklagen. In 11 Betrieben erhalten die Arbeitlosen bei 13 geleisteten Beiträgen 30 Mk. und bei 150 Beiträgen 50 Mk. Ertragsrücklagen.

**Breslau. Die Mitgliederversammlung vom 15. Oktober** nahm den Bericht des Gewerkschaftsleiters über die Einführung der neuen Zulage entgegen — hier ist alles glatt bewilligt worden — und beschloss sich dann in der Hauptsache mit einem Dresdner „Korr.“-Artikel (Nr. 110), sowohl in der angedeuteten Dresdner Verhältnisse Kollegen nimmt. Es war über den Wechsel nicht schwer, die letzten Behauptungen über den Arbeitsnachweis und die „schlechte“ Tätigkeit des Gewerkschaftsleiters auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Die Entgegung des Artikelverfassers vermochte an den Beststellungen des Kollegen Wendische nichts zu ändern. Für die erweiterte Tätigkeit über den Nachweis schlug die Versammlung neun Kollegen vor. Die Wahl findet durch Urabstimmung statt. Die neue Abänderung der Demobilisierungsordnung erläuterte Kollege Wendische, die der Beachtung der zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Zivildienstler empfohlen. Aber das wiedererstandene Statut der Dresdner graphischen Verbände beruht auf dem Vorliegen, Kollege Lehmann. Die Selbstverhältnisse und der Wille der angeschlossenen Verbände werden dafür sorgen, dass das Statut in den gegebenen Grenzen erspriessliche Tätigkeit entfalte. Die im letzten Versammlungsbericht erwähnte Aussperrung in einer Dresdner Hausdrucker wurde durch Vergleich erledigt; der Tarif wurde anerkannt; ein Kollege wurde unter Bezahlung seiner Forderung wieder eingestellt, die andern vier erhielten je 500 Mk. Abfindung. Der Verbandsvorstand hatte den Aussperrten auch erbühle Gemahregelunterstützung bewilligt.

**Eberfeld. In unrer zweiten diesjährigen Bezirks-**versammlung am 5. Oktober legte der seit nahezu 13 Jahren amtierende Vorsitzende Kollege Marzall wegen Arbeitsüberhäufung seinen Posten nieder. Die Kollegen Marx und Peiss nahmen in längeren Ausführungen Gelegenheit, dem Kollegen Marzall für seine unermüdete, treue Arbeit im Dienste der Kollegenchaft des Bezirks Eberfeld den Dank abzustatten. Die Führung der Geschäfte übernimmt bis zur nächsten Generalversammlung zweier Vorsitzender Weber. Ein Schreiben der Gewerkschaftskommission betriebs Kurze für Betriebsräte zollte eine längere Ansprache. Der Kassierbericht vom zweiten Quartal wurde debattelos genehmigt. Hierauf gab Kollege Seufft einen kurzen Bericht über unsere verflochtene Bewegung und den Verlauf der Einigungsverhandlungen, die unter Reichskommissar Senering geführt wurden und uns nach 14 tägigem Streik durchaus befriedigende Zugeständnisse brachten. Dank der Opferwilligkeit der Wuppertaler Arbeiterchaft konnte der Streik erfolgreich durchgeführt werden. Nach ausgiebiger Debatte schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Einteilung der Buchdrucker die anregend verlaufene Versammlung.

**Bezirk Potsdam. Am 28. September fand in Berlin** im „Kühbau“ die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, an der fast alle Orte vertreten waren. Der Gesangsverein „Eisenberg“ (Potsdam-Neubabelsberg) erstreute die Erhellenen durch ein Begrüßungslied. Als Gäste konnten Gewerkschaftler Hannack und Eward Bernick begrüßt werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung drei verstorbene Mitglieder in stiller Weise. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes hielt Eward Bernick einen äußerst interessanten und von allen Teilnehmern mit Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag über: „Klassenkampf in der Revolution“. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Nach vorgenommener Statutenänderung und Wiederwahl des gesamten Vorstandes gab Kollege Hannack (Steffin) einen kurzen Überblick über die Tarifverhandlungen, erläuterte den Kollegen die finanziellen und tariflichen Errungenschaften und sprach die Hoffnung aus, dass auch in allen Druckereten die Verbesserungen zur Einführung kommen mögen. In der anschließenden Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, dass die erreichten Zulagen nicht im engersten Schritt halten mit der Verteuerung der Lebenshaltung der Gehilfen namentlich in den kleinen Druckereten. Dem Berichte der Vertrauensleute ist zu entnehmen, dass die neuen Zulagen überall voll zur Auszahlung gelangen werden. Die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung bleibt dem Vorstand überlassen. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch keine Anträge erledigt wurden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband.

**Regensburg. Zum 50-jährigen Berufs Jubiläum** der Kollegen Alois Spaendl, Faktor, und Franz Faver Billerl, Seher, veranstalteten die Kollegen der Verlagsanstalt vorm. G. S. Manz einen Ehrenabend am 27. September. Zahlreich hatte sich die hiesige Kollegenchaft mit Familienangehörigen eingefunden. Von Seiten der Geschäftsleitung und den Offizialkollegen sowie des Ortsvereins und der „Typographie“ wurden Glückwünsche mit Überreichung von entsprechenden Geschenken den beiden Buchdrucker Veteranen dargebracht. Musikvortrüge der Kollegenkapelle, Gesangsleistungen des Typographienvereins und einige Solis trugen zum Gelingen der Feier bei. Den Schluss bildete ein anmütiges Tanzkränzchen. Mögen die beiden Jubilare auch ihr 60-jähriges Jubiläum in voller Rüstigkeit erleben.

**Selb (Oberfranken). In einer am 2. Oktober ab-**gehaltenen Versammlung gründeten die hier hordkontinenten Kollegen einen Ortsverein. Die Mitgliederzahl beträgt 14. Drei weitere Kollegen, die bisher unrer guten Sache fernstanden, versprachen, im aller nächsten Zeit dem Verbands beizutreten. Der „Korr.“ ist obligatorisch eingeführt. In die Vorstandschaft wurden Kollege Hans Reich als Vorsitzender und Kollege Matthias Brunner als Kassierer gewählt. Alle tariflichen Verhältnisse in den zwei hiesigen Druckereten sind gut. Nur bei der dritten Firma, die erst seit kurzer Zeit den Tarif anerkannte, muß noch in verschiedenen Punkten Abhilfe geschafft werden.

Auch dies wird gelingen. Möge unsern jungen Ortsverein eine gute Zukunft beschlehen sein, damit er ein gesundes Reis am Verbandsbaume wird.

**Stargard i. Pom. Zum zweitenmal in diesem Jahre** vereinigte sich die Kollegen des Bezirks zu einer Versammlung, die am 28. September in Arnswalde stattfand. Selber war nur etwa die Hälfte der Kollegen erschienen, da die Bahnverbindungen in Hinterpommern sehr schlecht sind. Anwesend waren aus Stargard i. Pom. 28, Pritz 5, Arnswalde 3, Kallies 1, Gollnow 1 und Garb 3 Kollegen. Bei Gründung der Versammlung gab die Bezirkskassierer und stellvertretende Vorsitzende P. Nemitz des Gewerkschaftskongresses und des Scheidens des Kollegen Grabmann aus dem Hauptvorstand unsres Verbandes. Nachdem Kollege Fiedl (Arnswalde) allen Erhellenen ein herzliches „Gott grüß die Sunst!“ in Arnswalde zugerufen hatte, wurde in die Verhandlungen eingetreten. Zum Verwaltschaftsbericht leitete Kollege Nemitz mit, daß der Bezirk zur Zeit 100 Mitglieder zähle, die sich auf 15 Orte verteilen. Der Kassierbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Beschlüsse wurden, die vom Gewerkschaftsamt 2/3, Proz. der Einnahmen als Remuneration voll an den Bezirksvorstand auszugeben. Die Berichte aus den einzelnen Druckerorten lauten durchweg gut und die neue Steuerungsulage ist überall ohne Schwierigkeiten zur Einführung gelangt. Gemütsch wurde von den Kollegen aus Stargard, mit Steffin in ein Wirtschaftsgelände zu kommen, damit Stargard mit dem Lokalvorsitz nicht zu weit nachhinke. Zum ersten Vorsitzenden des Bezirks wurde Kollege Szredzinski (Stargard) gewählt. Nach einer gemeinsamen Mittagspause hielt als Vertreter des Gewerkschaftsleiters Kollege Reineke (Steffin) einen Vortrag über: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage und die letzte Tarifabschlussung“. In der von den Kollegen beifällig aufgenommenen wurde, der von anschließenden Diskussion wurde von allen Rednern die bei der letztmaligen Steuerungsulage wieder vorgelegene Stellung für höhere und kleinere Orte vorurteilt. Als Willensäußerung fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Entschlossenheit über das Statut zum Ausdruck kam. Immerhin sprach die Versammlung unter Anerkennung der zu überwindenden Schwierigkeiten den Gehilfenvertretern ihren Dank aus. Sie erwartet, daß in Zukunft namentlich die krassen Unterschiede zwischen Großstadt und Provinz aus der Welt geschafft werden mögen. Nach wie vor stehen die Bezirkskollegen auf dem Boden des Tarifs und hinter ihren Führern. Unter „Verschiedenem“ wurde der Vorstand beauftragt, bis zu der im Frühjahr stattfindenden Versammlung Erhebungen zu entwerfen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege P. Nemitz mit einem Hoch auf unsern Verband die gutverlaufene Versammlung. Die noch verbleibenden wenigen Stunden benutzten die Kollegen zur Teilnahme an einem Kränzchen, das von den Arnswalder Kollegen veranstaltet worden war.

**Wesel. (Halbjahrsbericht.)** Der hiesige Ortsverein hielt im letzten Halbjahre fünf Versammlungen ab, die durchschnittlich von 50 Proz. der Mitglieder besucht waren. Der Mitgliederstand blieb infolge des sehr minimalen Geschäftsganges auf beschränkter Höhe. Der schlechte Geschäftsgang steht mit der Beziebung des Mittels in engstem Zusammenhang. Dadurch ist Wesel, das früher eine große Garnison war, zum stillen Provinzialstädtchen geworden. Der Tarif ist von sämtlichen Firmen anerkannt. Alle organisationsfähigen Gehilfen gebühren dem Verband an. Bei drei Firmen, wo keine Mitglieder haben, keine Kontrolle möglich, ob der Tarif eingehalten wird, da die dortstehenden Außenleiter den Mitgliedern ausweichen. Hoffentlich legt sich auch einmal in deren Köpfen ein Funken des neuen Zeitgeistes fest. (Die höchste Zeit wird es allerdings. Reb.) Die letzte Steuerungsulage, vom 1. Oktober beginnend, kam prompt zur Auszahlung und die Drucker des „Generalanzeigers“ zahlte die Zulage für die ganze Woche aus, welches Entgegenkommen bei den andern Firmen nicht anzutreffen war. — In der Versammlung am 5. Oktober kam der in Nr. 112 des „Korr.“ gekennzeichnete Antrag des hiesigen Buchdruckerverbandes zur Sprache. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Buchdrucker Wesels protestieren auf das entschiedenste gegen die Verunglimpfung und Unterstellung, der deutschen Buchdrucker seitens des belgischen Delegierten Theunissen auf dem französischen Buchdruckerkongress in Nancy. Die Versammlung spricht dem Delegierten das Recht ab, die deutschen Buchdrucker, die jederzeit ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben, zu beschimpfen und fordert den Verbandsvorstand und die „Korr.“-Redaktion zum energischen Protest dagegen auf.“

### Gestorben

- In Augsburg am 26. Oktober der Drucker Walbert Wörner von dort, 20 Jahre alt — Herzbeutelentzündung.
- In Berlin am 4. Oktober der Stereotypen Joseph Paul aus Breslau, 68 Jahre alt — Gehirnlähmung; am 5. Oktober der Seher Ernst Hubenbauer aus Berlin, 44 Jahre alt — Altersleiden; am 6. Oktober der Drucker Edward Schiack aus Berlin, 48 Jahre alt — Gehirnlähmung; am 10. Oktober der Seher Otto Sauerwärt aus Ansbach, 58 Jahre alt — Nervenleiden; am demselben Tage der Eisenwalde Rudolf Reimer aus Eising, 71 Jahre alt — Schlaganfall; am 24. Oktober der Seher Hugo Langowich aus Kauenburg, 46 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- In Dresden am 10. November der Korrektor Rudolf Bräuer aus Br.-Gölln, 60 Jahre alt — Schlaganfall.
- In Dresden am 30. Oktober der Redakteur Arthur Seher, 42 Jahre alt.
- In Gumburg der Eisenwalde Friedrich Glitsch, 59 Jahre alt.
- In Gumburg der Buchdruckermeister Hermann Wanda, 52 Jahre alt; am 27. Oktober der Seher Wilhelm Einfeldt von dort, 33 Jahre alt; am 2. November der Seher Hugo Sedel aus Bredlitz, 32 Jahre alt; am 11. November der Eisenwalde C. S. C. Vammle aus Hamburg, 69 Jahre alt.
- In München am 1. November der Maschinenseher Georg Spitt von dort, 40 Jahre alt.